

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

Borsig stellt Zahlungen ein

Beschluß auf Einleitung eines Zahlungsvergleichs auch bei Hanomag

Der Chef der Pleite



Ernst v. Borsig,
Mitinhaber der Werke

Groener empfängt Stahlhelmführer

TU. Berlin, 18. Dezember

Die Bundesführer des Stahlhelms hatten am Freitag in der Angelegenheit des Uniformverbots eine Besprechung mit dem Reichswehrminister Groener. Die Besprechungen sollen nach Weihnachten fortgesetzt werden. (Vielleicht läßt sich bis dahin der Reichsinnenminister von dem Reichswehrminister überreden, für den Stahlhelm beim Uniformtragen eine Ausnahme zu machen. Red.)

Geheimnisvolle

Notverordnung

Scheut sie das Licht der Öffentlichkeit?

TU. Berlin, 18. Dezember.

Die abschließende Sitzung des preußischen Kabinetts zur preußischen Notverordnung begann am Freitag um 15 Uhr und erreichte gegen 18.30 Uhr ihr Ende.

Ueber den Inhalt wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

Die Verordnung wird bis zum Mittwoch veröffentlicht werden. Für Montag ist eine Pressebesprechung bei Finanzminister Dr. Klepper in Aussicht genommen worden.

Preußischer Landtag vertagt

TU. Berlin, 18. Dezember.

Der Preußische Landtag vertagte sich am Freitag bis zum 19. Januar.

Der Preußische Landtag lehnte den deutschen Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Klepper mit 217 Stimmen der Regierungsparteien gegen 177 Stimmen der Opposition ab.

294 gegen 5

Vertrauen für spanische Regierung

Madrid, 17. Dezember

Die Nationalversammlung hat am Donnerstag mit 294 gegen 5 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen der neuen Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen.

Für die Regierung stimmten die Sozialisten, die Radikalsocialisten, die unabhängigen Republikaner, die galizische Föderation, die katalanische Linke, die Radikalen (Fraktion Lerroux), die Föderierten und Progressisten, gegen die Regierung stimmten die dem Nationalen Arbeiterverband angeschlossenen Gewerkschaftler.

Fernwirkungen der Bankenkrise

In seiner Sitzung vom 17. Dezember hat der Aufsichtsrat der bekannten Maschinenfabrik Hanomag beschlossen, die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zu beantragen. Der Beschluß ist auf eine starke Absatzschrumpfung zurückzuführen, die namentlich seit der Bankenkrise im Juli d. J. eingetreten ist. Den letzten Anstoß gab die Verweigerung der mit dem Unternehmen in Verbindung stehenden Banken, die sonst alljährlich in den Wintermonaten zur Verfügung gestellten Ueberbrückungskredite auch jetzt wieder zu gewähren. Zur Zeit beschäftigt das Unternehmen etwa 2000 Arbeiter und Angestellte.

Einen gleichen Beschluß hat die A. Borsig G. m. b. H. in Tegel beschlossen. Auch diese Firma klagt über eine starke Verknappung der Aufträge seit dem Juli d. J. Außerdem hat die Firma Verluste bei einer Tochtergesellschaft sowie bei Schuldnern und durch Währungsforderungen erlitten. Mit der Beantragung des Vergleichsverfahrens verfolgt das Unternehmen den Zweck, eine Sanierung durchzuführen, nachdem die Versuche, eine Gesundung ohne Anrufung der Gläubiger herbeizuführen, keinen Erfolg hatten. In einem Kommuniqué an die Presse stellt die Verwaltung fest, daß das Werk „für die derzeitige Lage“ bei einem Auftragsbestand von etwa 12 Millionen Mark und einer Belegschaftsstärke von etwa 3700 Köpfen noch verhältnismäßig gut beschäftigt sei.

Zu den Gläubigern der Borsig-Werke gehört auch die Werksparkasse,

die über einen Bestand von 2,6 Millionen Mark verfügt. Ob auch hier das Reich so freigebig wie bei den Banken mit Reichsgeldern umspringen wird, um die Werksangehörigen vor Schaden zu bewahren?

Die Bankenkrise dieses Sommers zeigt jetzt allenthalben ihre verhängnisvollen Auswirkungen. Die Banken können nicht mehr wie vordem in froher Unbekümmertheit der Industrie mit Krediten unter die Arme greifen und außerdem befindet sich der Umsatz seitdem überall in rascher Schrumpfung. Die Folge ist eine massenhafte Zunahme der Zahlungen einstellungen, die nun auch so altrenommierte Firmen wie die

Borsig G. m. b. H. in Tegel nicht mehr umgehen können. Gerade dieser Fall dürfte aber auch, wenn erst einmal die wirkliche finanzielle Lage des Unternehmens bekannt wird, den klaren Beweis dafür erbringen, wie aussichtslos es ist, die Unrentabilität der deutschen Industrie auf dem Wege der Lohnkürzungen herzustellen zu wollen. Nicht das Lohnkonto, sondern das Kapitalkonto erdrückt diese Betriebe. In den Zeiten der Konjunktur haben sie wahllos gebaut und sich mit Schulden überzogen, an denen sie nun ersticken.

Notruf der Mieter

Berlin, 17. Dezember.

Zu den bevorstehenden Ausführungsbestimmungen über die Anwendung des außerordentlichen Kündigungsrechtes des Mieters zum 1. April 1932 hat der Reichsbund deutscher Mieter (Sitz Berlin) an den Reichsjustizminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Dringende Notrufe aus dem Reich erheischen unbedingte Aufrechterhaltung des außerordentlichen Kündigungsrechtes der Mieter. Kündigung darf keinesfalls durch 20prozentige Mietsenkung unwirksam gemacht werden, weil bei Geschäftsräumen häufig Steigerungen der Miete auf 200 bis 400 vH. der Vorkriegsmiete erfolgt sind und weil viele Wohnraummieter infolge Gehaltskürzung, Lohnsenkung und Erwerbslosigkeit ihren Wohnbedarf stark einschränken müssen. Notwendige Umschichtung verhindert wirtschaftlichen Zusammenbruch vieler Mieter.“

Auch ein „Anschluß“

„Weihnachtsfrieden“ in Oesterreich verordnet.

Wien, 17. Dezember.

Der Ministerrat hat beschlossen, an die Landeshauptleute folgende Weisung zu richten: Von Sonnabend, den 19. Dezember, bis zum 6. Januar 1932 sind im gesamten Bundesgebiet von wem immer veranstaltete öffentliche Versammlungen (Aufzüge, Aufmärsche) ausnahmslos zu untersagen, da die Abhaltung solcher Veranstaltungen gegenwärtig die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährdet.

KPD sabotiert die kämpfende Front

Berlin, 18. Dezember

Die kommunistische „Rote Fahne“ nimmt Stellung zu dem Aufruf des Parteivorstandes der SAP, der unsere Genossen aufforderte, überall im Kampf um die Tagesinteressen die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse herzustellen. Die Stellungnahme der „Roten Fahne“, frei auch von der geringsten Sachlichkeit, ist eine einzige Häufung von Entstellungen und Verdächtigungen. Wir verstehen die Erregung über die Feststellung des Aufrufes unserer Partei, daß die KPD „agogische auf kleinlichste Parteinteressen abgestimmte Manöver“ betreibe. Wir verstehen diese Erregung deshalb, weil gerade die Antwort der „Roten Fahne“ diese Feststellung erneut in einem geradezu erschütternden Umfang bestätigt.

Die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter gilt der „Roten Fahne“ gar nicht. Sie verdreht unsere

Parole des Waffenstillstandes zwischen den proletarischen Organisationen zum Zwecke ganz bestimmter gemeinsamer Kampfkaktionen der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum.

indem sie behauptet, wir verlangten damit die Einstellung des Kampfes gegen die Tolerierungspolitik der SPD. Sie kann das wagen, indem sie ihren Lesern den Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter, die Front der Tolerierung, die die Front des Klassenfeindes ist, zu verlassen, einfach unterschlägt. Diese Unterschlagung gibt ihr denn auch die Möglichkeit, die SAP als Helfer der Tolerierungspolitik zu bezeichnen. Solch eine schmähliche Irreführung in einer Zeit, wo die Arbeiterklasse nichts notwendiger braucht als einen einheitlichen Willen zum Kampf um einheitliche Ziele ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, für das diese die kommunistische Partei noch einmal wird zur Rechenschaft ziehen müssen. Wir stellen also fest, daß die kommunistische Partei durch ihr Zentralorgan die Aufforderung der Sozialistischen Arbeiter-Partei zu gemeinsamen proletarischen Aktionen um die konkreten Einzelinteressen der Arbeiterklasse ablehnt. Wir überlassen das Urteil darüber den kommunistischen Proletariern, die zweifellos mit uns der Meinung sein werden,

Der Preisabbau — ein Weihnachtsmärchen

Goerdeler in Nöten — Keine Gebührensenkung bei der Reichspost

Während Brünings Schlichter mit größter Promptheit den notverordneten Lohnabbau diktieren, sind auf dem Gebiete des Preisabbaus trotz des eingesetzten Preisabbaukommissars Dr. Goerdeler irgendwelche faßbaren Fortschritte nicht zu verzeichnen. Soweit die Einkäufe für den Haushalt des kleinen Mannes in Betracht kommen, beschränkt sich Goerdelers Tätigkeit bisher auf die Vorschrift, daß Bäcker, Fleischer und Friseure

Preisschilder aushängen

müssen. Ueber den Inhalt der Preisschilder oder besser die Preissätze wird in der Verordnung Goerdelers nichts bestimmt. In einem von Goerdeler über seine bisherige Tätigkeit gegebenen Rechenschaftsbericht konnte der Preisabbaukommissar lediglich über Ver-

handlungen berichten, die er bisher mit den Oberbürgermeistern aller Städte zum Zwecke einer allgemeinen Senkung der Brotpreise geführt habe, wobei er versichere, daß „konkrete Ergebnisse noch vor Weihnachten erwartet“ werden. Außerdem berichtete Goerdeler, daß das Fleischerhandwerk „für die Dauer von drei Monaten eine merkliche Preissenkung in Aussicht gestellt habe“. Es bleibt also auf der ganzen Linie bei bloßen Versprechungen.

Inzwischen wird bekannt, daß die Reichspost gar nicht an die Durchführung der anfänglich in Aussicht gestellten Gebührensenkung denkt. Wie mitgeteilt wird, war dieser Plan von der Annahme ausgegangen, daß die Reichspost im Genuß der durch die

neuerliche Senkung der Beamtengehälter gemachten Ersparnisse bleibe. Insgesamt handelt es sich hierbei um einen Betrag von 120 Millionen Mark, auf den aber das Reich nun Anspruch erhebt, da es diesen in seinen Haushalt eingestellt hat. Bleibt die Reichsregierung hierauf bestehen, so fällt die von Brüning angekündigte Preisabbaupolitik auf einem gar nicht nebensächlichen Gebiete ins Wasser, denn wenn die Postgebühren ins Massenhaushalt auch keine große Rolle spielen, so hätte doch ein Abbau der Reichsposttarife eine große psychologische Wirkung haben können.

Der Preisabbau enthüllt sich somit seit jedem Tage mehr als das, was er ist — ein Weihnachtsmärchen, das die Realität des Lohnabbaus verhüllen soll.

daß ein solches Verhalten nicht die Spur wahrhaft revolutionären Geistes verspüren läßt.

Überdies zeigt sich die völlige Verantwortung der kommunistischen Politik daran, daß die „Rote Fahne“ jetzt eine verstärkte Aktivität der RGO in Aussicht stellt, gerade jetzt, wo die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften einer Aktivierung unter der Parole gemeinsamer Kämpfe der Arbeiter um die unmittelbaren Forderungen des Tages mit jedem Tage zugänglicher wird. Offenbar fürchtet die KPD (nicht mit Unrecht) den wachsenden Einfluß der Sozialistischen Arbeiterpartei in den Gewerkschaften. Sie muß mit ansehen, wie wir Schritt um Schritt die Führung bei der Revolutionierung der Gewerkschaften in die Hände bekommen; man denke etwa an die Eroberung des Plauerer Metallarbeiterverbandes und an die Betriebsratswahl bei Tietz. Statt aber anzuerkennen, daß hier von uns die Arbeit geleistet wird, an der die kommunistische Partei bisher so jämmerlich versagt hat, die Arbeit der Revolutionierung der Gewerkschaften, erklärt die „Rote Fahne“ kurz und bündig, sie werde diese unsere Arbeit „nicht dulden“.

Wir versichern dem kommunistischen Organ, daß wir uns bei ihm nicht erst die Genehmigung für diese Arbeit holen werden, weil die Arbeiterklasse auf diese Arbeit wartet. Vor allem aber erklären wir, daß die Arbeiter der Sozialistischen Arbeiter-Partei niemals der Methode folgen werden, die jetzt die „Rote Fahne“ wieder einschlägt. Die Arbeiter brauchen heute den gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsame Not und gegen die sie alle gemeinsam täglich schärfer erdrückende Gefahr des Faschismus nötiger denn je. Wenn die kommunistische Parteileitung es nicht begreift — die kommunistischen Arbeiter werden es begreifen. Wir werden niemals den Kampf um die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der den Faschismus fördernden Tolerierungspolitik aufgeben, auch nicht den Kampf um die Abkehr der kommunistischen Politik von jenen den revolutionären Kampf lähmenden Fehlern, für die diese Antwort der „Roten Fahne“ ein neuer trauriger Beweis ist. Aber wir meinen, daß dort, wo Proleten aktiv in den Kampf zu bringen sind, um gemeinsame Interessen — daß dort dieser Kampf allem anderen vorangeht, daß für diesen Kampf Waffenstillstand sein muß zwischen den Organisationen, deren Mitglieder den Willen zum gemeinsamen Kampf bekunden. Diese Aktionen herbeizuführen werden unsere Genossen nun erst recht, mehr denn je, bemüht sein. Und sie werden damit beweisen, daß die SAP besser als die KPD die revolutionäre Aufgabe der Stunde begreift.

Putschen straflos! Pfriemer freigesprochen!

TU, Graz, 18. Dezember.

Die heutige Anklagerede des Staatsanwalts Prozeß gegen die September-Putschisten wandte sich mit aller Schärfe gegen die von den Angeklagten vorgetragene Behauptung, die republikanische Verfassung Oesterreichs sei durch Hochverrat zustande gekommen. Die österreichische Verfassung stelle den Willen des Volkes dar, Hochverrat sei es, zu versuchen, sie zu brechen. Wenn sich die Heimwehr als „Volksbewegung“ bezeichne, so sei dem entgegenzuhalten, daß an dem Putsch nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Bevölkerung mitgewirkt habe, und nur deshalb, weil er irreführend, und nicht etwa, weil er von einer Idee mitgerissen wurde.

Nach einstündiger Beratung der Geschworenen im Pfriemer-Prozeß verkündigte der Obmann, daß die Geschworenen sämtlich an sie gestellten Schuldfragen verneinen. Heiraut erhebt sich der Gerichtshof und verkündet das freisprechende Urteil.

Der arme Staatsanwalt stand, wie er selbst ganz genau wußte, auf verlorenem Posten. Der Landeshauptmann Rinteln hat sich nicht nur als Zeuge schützend vor den Putschistenhaupteinstellung gestellt, er hat sogar den Bundeskanzler um eine Amnestie für die Putschisten sofort antelefoniert. Die Beamten haben entweder überhaupt „nichts gemerkt“ oder mit den Heimwehrlern freundschaftlich verhandelt und stellen demgemäß den ganzen Putsch als einen gemüthlichen Scherz dar, als eine „Hetze“, um einen österreichischen Dialektausdruck zu gebrauchen. Die Heimwehler rechneten im voraus bestimmt mit dem Freispruch. Sie haben sich nicht verrechnet.

Schultze-Naumburg gekündigt

Weimar, 17. Dezember

Nachdem das thüringische Volksbildungsministerium den Leiter der staatlichen Hochschulen für Baukunst, bildende Kunst und Handwerk in Weimar, den Nationalisten Dr. Schultze-Naumburg, bereits hat wissen lassen, daß ihm zum 1. April 1932 gekündigt wird, hat das Kabinett am Donnerstag einen entsprechenden Beschluß auf Lösung des Vertrages gefaßt.

Die geplante Generalmitgliederversammlung des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer, E. V., die auf den 19. Dezember angesetzt war, ist vom Polizeipräsidenten auf Grund der Notverordnung erster Teil, Kapitel IV, Paragraph 1 Abs. 1 verboten worden.

Weltkrise noch stets im Wachsen

Konjunkturforschungsinstitut prophezeit weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In seinem neuesten Vierteljahreshaft faßt das Konjunkturforschungsinstitut sein Urteil über den gegenwärtigen Stand der Weltwirtschaft wie folgt zusammen:

„Die schwere internationale Kredit- und Währungsfrage dauert an. Produktion und Umsätze schrumpfen weiter. In den überwiegend industriellen Volkswirtschaften hat sich der Rückgang, der sich im ersten Halbjahr verlangsamt hatte, wieder verschärft. Schwache Ansätze zu einer Belebung zeigen sich — als Rückwirkung der Valutaentwertung — nur in Großbritannien.

Infolge der Scheu vor neuen Investitionen beschränkt sich die Produktionsgütererzeugung mehr und mehr darauf, den Verschleiß des Produktionsapparates zu ersetzen, und selbst hierin halten sich die Unternehmungen zurück. Weniger stark sind dagegen die Produktionsrückgänge in den teilweise durch Flucht in die Sachwerte begünstigten Verbrauchsgüterindustrien.

Die Agrarmärkte stehen nach einer vorübergehenden Hausse erneut im Zeichen der Baisse. Trotz gewisser Entlastungen auf der Angebotsseite einiger Märkte fehlen für eine Preisstabilität die Vorbedingungen auf der Nachfrageseite, solange die Kreditmärkte erstarrt sind und die Massenkaufkraft in allen Volkswirtschaften weiter schrumpft.

Der „Kapitalstreik“ mißtrauischer Sparer verschärft den Deflationsdruck. Die protek-

tionistische Krisenreaktion in den einzelnen Ländern schnürt die Welthandelsbeziehungen mehr und mehr ab. Eine konjunkturelle Konsolidierung ist in der Weltwirtschaft somit noch nicht erkennbar. Eine günstige Entwicklung im Jahre 1932 wird wohl hauptsächlich davon abhängen, ob es bald gelingt, auf dem Weg der internationalen Kooperation die gegenwärtig eingefrorenen Kurzkredite langfristig zu fundieren und die Systemwidrigkeiten der internationalen Kreditverflechtung, insbesondere die politische Verschuldung zu beseitigen.“

Besondere Beachtung verdienen die Bemerkungen des Instituts über die herrschende Kredit- und Währungsfrage.

„Die Kreditpanik“, so wird ausgeführt, „hat sich von Mitteleuropa über Großbritannien auf die ganze Weltwirtschaft übertragen. 39 Länder, die mehr als die Hälfte des Welthandels umfassen, wurden von einer Krise der Währung erfaßt oder unmittelbar bedroht. Die gegenwärtige Kreditkrise ist nicht nur eine psychologisch bedingte zufällige Begleiterscheinung des Liquidationsprozesses, sondern sie hat sich als Folge einer beispiellos schweren Deflation aus dem bisherigen Verlauf organisch entwickelt.“

Hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland stellt das Institut fest, daß sich die Lage erneut zugespitzt habe. Seit Juli d. J. ist die

deutsche industrielle Produktion um 8,9 Prozent gesunken. Den stärksten Anteil an dieser Schrumpfung hat naturgemäß die Produktionsmittelindustrie, deren Anteil an der Gesamtproduktion in den letzten Jahren von 59 auf 45 Prozent gefallen ist.

Ein besonders einprägsames Bild von der Heftigkeit der Krise in Deutschland vermitteln die folgenden Gegenüberstellungen des Instituts. Es betragen:

In Mill. RM.	1928	1930	1931
Volkseinkommen	75 400	69 000	55 000
Bauvolumen	8 910	7 100	4 500
Umsätze	134 300	119 200	105 000
Einfuhr	13 600	10 400	6 700
Ausfuhr	12 400	12 000	9 600
Industrieprod. (Index)	100	86	70
Konkursziffer	10 595	15 486	17 000

Das Institut deutet auch an, daß damit der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht ist, was sich schon daraus ergibt, daß das Institut mit

einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit um $\frac{1}{4}$ bis 1 Million

im Verlauf der Wintermonate rechnet.

Diese düstere Prognose des Instituts ist um so beachtlicher, als in der letzten Zeit auf offizieller Seite das Bemühen vorherrscht, Hoffnungen auf eine baldige Besserung zu erwecken, was zweifellos auch einen dämpfenden Einfluß auf die Berichterstattung des Instituts gehabt hat.

Dunkel um die Reichswehr

Major Schmidt als Sündenbock für amtliche Mißwirtschaft?

Berlin, 17. Dezember.

Bei der 26. Zivilkammer beim Landgericht I schweben seit dem Frühjahr dieses Jahres mehrere Prozesse, die die Danatbank, die Graphischen Werkstätten C. Paul Stein, sowie noch andere Firmen gegen das Reichswehrministerium angestrengt haben. Die Graphischen Werkstätten C. Paul Stein verlangen von dem Reichswehrministerium Schadenersatz in Höhe von 400 000 RM., die Danatbank einen solchen von 60 000 RM. Nachdem der Major a. D. Schmidt, der ehemalige Leiter der Druckereiverwaltung des Heereswaffenamtes, am 16. April verhaftet und gegen ihn vom Untersuchungsrichter beim Landgericht III auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Meineides, Betruges und Untreue eröffnet worden war, wurden die Prozesse gegen das Reichswehrministerium angestrengt. Major a. D. Schmidt hatte nämlich den Graphischen Werkstätten C. Paul

Stein einen Auftrag auf Herstellung und Lieferung eines mehrbändigen Werkes des Generalleutnants a. D. Muther erteilt, das einer Serie von Büchern angeschlossen werden sollte, die die Entwicklung der Artillerie, der Flugzeugwaffe, der Flugzeugabwehr und der U-Bootwaffe behandelten. Da die Graphischen Werkstätten C. Paul Stein einen Auftrag aus eigenen Mitteln nicht finanzieren konnten, forderten sie deshalb von der Danatbank einen Kredit, für den Major a. D. Schmidt im Namen des Reichswehrministeriums die selbstschuldnerische Bürgschaft zusagte. Der Chef des Stabes im Heereswaffenamt erklärte auf Anfrage, daß Major Schmidt bei Erteilung der Aufträge und bei Übernahme der Bürgschaft seine Befugnisse überschritten habe. Das Reichswehrministerium weigerte sich, die Aufträge anzuerkennen. So kam es zu den Prozessen. Die Graphischen Werkstätten C. Paul Stein stehen nun auf dem

Standpunkt, daß unbedingt ein konkreter Auftrag des Leiters des Heereswaffenamtes vorgelegen haben müsse, weil es sonst unklar sei, wie Major Schmidt in den Besitz der Klischees, die

in einem Geheimarchiv des Reichswehrministeriums fest verschlossen

gewesen seien, gelangt sei. Major Schmidt, der am Mittwoch nach achtmonatiger Untersuchungshaft aus der Haft entlassen worden ist, sollte am Donnerstag vernommen werden. Major a. D. Schmidt erschien auch vor Gericht, erlitt aber einen Nervenzusammenbruch, so daß seine Vernehmung unmöglich wurde. Die 26. Zivilkammer beim Landgericht I hat nunmehr die Vernehmung Major a. D. Schmidts auf den 14. Januar anberaumt.

Ob Schmidts Vernehmung, die auch Aufklärung über die mehr als merkwürdigen Zustände im Heereswaffenamt schaffen würde, noch zu seinen Lebzeiten stattfinden wird, muß sehr bezweifelt werden.

Revisionskampagne gescheitert

Das bisherige Ergebnis von Basel

Wie die Telegraphen-Union meldet, läßt sich das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Sonderausschusses dahin zusammenfassen, daß die Möglichkeit festgestellt wird,

daß mindestens die ungeschützten Reparationszahlungen (600 Millionen Mark) aus den Einnahmen der deutschen Reichsbank bei besserer wirtschaftlicher Konjunktur herauszuwirtschaften sind.

Damit wäre, wie das vorauszusehen war, der französischen Auffassung in weitem Maße Rechnung getragen, könnte von einer Aufhebung des Young-Planes keine Rede sein, lediglich von einer vorübergehenden Unterbrechung der Zahlungen. Endgültiges Urteil muß man zurückstellen, bis der vom Redaktionsausschuß in Arbeit genommene Bericht vorliegt. Daß aber die Revisionskampagne gescheitert ist, kann man jetzt schon feststellen.

Wieder Schlappe für Laval

Siegesstimmung bei der Linken

Paris, 18. Dezember.

Am Donnerstag spät abends hat die französische Kammer nach Erledigung der Tagesordnung die von der Regierung gewünschte Behandlung der Wahlreformvorlage mit einer Mehrheit von sechs Stimmen abgelehnt. Da die Vertrauensfrage nicht gestellt wurde, hat diese Ablehnung keine praktische Bedeutung. Bei der französischen Linken herrscht eine ausgesprochene Siegesstimmung, und es wird hervorgehoben, daß das Wahlreformgesetz damit begraben sei. Besonders einschneidend wird sich dieser Erfolg der Linken bei den im nächsten Frühjahr bevorstehenden Neuwahlen geltend machen.

Leo Schützendorf gestorben

Berlin, 18. Dezember.

Der Opernsänger Leo Schützendorf ist heute einem Herzschlag erlegen.

400 Arbeitslose in Budapest verhaftet

Budapest, 17. Dezember.

Obwohl die Polizei eine geplante Arbeitslosenversammlung verboten hatte, versuchten am Donnerstag Arbeitslose in Gruppen von drei bis vier Mann aus den Nebenstraßen nach einem verabredeten Plan auf die Hauptverkehrsadern zu gelangen und einen Umzug zu veranstalten. Die Polizei, zur Vereitelung dieser Bestrebungen seit dem frühen Morgen in Bereitschaft war, vereitelte diese Pläne und nahm bis ein Uhr etwa 400 Arbeitslose in Gewahrsam, die nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen werden dürften.

Schon alltäglich!

London, 18. Dezember.

Am Donnerstag abend kam es in London zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen etwa 2000 Arbeitslosen und Schutzleuten, als mehrere hundert Personen versuchten, in das Rathaus einzudringen, in dem eine Sitzung abgehalten wurde. Die Arbeitslosen bewarfen die einschreitende Polizei mit Steinen und Flaschen. 13 Personen — darunter ein Polizist — wurden verletzt; zwei Personen wurden festgenommen, darunter ein bekannter Kommunistenführer.

Ein englisches Weihnachtsmärchen

In großer Aufmachung hat der „Daily Herald“ verkündet, daß von der „nationalen“ Regierung das Flottenbauprogramm für 1932 mit Ausnahme der Unterseeboote verschoben oder gar aufgehoben werden sollte, damit durch diese Geste die sog. Abrüstungskonferenz günstig beeinflusst würde. Angesichts der großen Budgetnöte Englands (die moralische Begründung ist immer Vorwand) erschien diese Meldung wohl glaubhaft genug, daß sie in der deutschen Presse entsprechend aufgenommen wurde. Welch schöne Friedensbotschaft für Weihnachten! Da kann ja nicht einmal Herr Brüning mit! Aber ach, schon einen Tag später läßt das englische Marineministerium die ganze Sache dementieren. Militär ist Militär. Gebaut wird, höchstens aus Finanzgründen mit etwas Verzögerung. Und so ist's auch mit diesem Weihnachtsmärchen nicht anders als mit den deutschen. Woran wir von Anfang an nicht gezweifelt hatten.

Russischer Verkehrskommissar entfernt. Auf Veranlassung der Sowjetregierung wurde der stellvertretende Verkehrskommissar Bulat seines Amtes enthoben. Er wird beschuldigt, der Partei und der Regierung falsche Angaben über die Lage bei den russischen Eisenbahnen erstattet zu haben.

Ziffern als Signale

Der neue Volkswirtschaftsplan Rußlands

Der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Kontrollziffern für das Jahr 1932 wurde gestern veröffentlicht. Der Beschluß schlägt dem Volkskommissarenrat der Sowjetunion vor, bei der endgültigen Festlegung der Kontrollziffern der gesamten Volkswirtschaft für 1932 von der Notwendigkeit auszugehen, die Hauptwirtschaftszweige (vor allem Heizmaterial, Hüttenwesen und Maschinenbau) zu alldseitiger Entfaltung zu bringen und dabei die vollständige Durchführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren, das heißt bis Ende 1932, im Auge zu haben.

In Verbindung damit wird der Kapitalaufwand für die gesamte Volkswirtschaft mit 21 Milliarden Rubel gegenüber 16 Milliarden im Jahre 1931 festgelegt, und zwar sind vorgesehen für die Industrie 10 700 Millionen Rubel gegenüber 8200 Millionen im Jahre 1931, für den sozialistischen Sektor der Landwirtschaft 4360 Millionen Rubel gegenüber 3600 Millionen Rubel, für Eisenbahnen, Schifffahrt und Luftschifffahrt 3300 Millionen Rubel gegenüber 2720 Millionen Rubel im Jahre 1931. Die Zunahme der industriellen Gütererzeugung soll im Jahre 1932 36 Prozent betragen gegenüber einer Zunahme von 21 Prozent im Jahre 1931.

So wirkt die Notverordnung!

Bilder aus dem Arbeiterleben

Die Schlinge wird zugezogen

Es klopfte draußen an der Tür. „Nicht aufmachen“, sagte ganz leise die Mutter. Sie weiß zu gut, wer draußen steht. Es muß der Kohlenhändler sein. Schon zweimal war er mit der Rechnung da. 7,50 Mark! Woher sie nehmen? Mit angehaltenem Atem sitzen sie alle um die trübe Petroleumlampe herum, die auf dem alten Küchentisch steht: die dünne, blasse Mutter, die beiden hochaufgeschossenen Jungen und die sechszehnjährige Grete. Die beiden Jungen waren längst ausgesteuert. Der ältere bezog noch Wohlfahrtsunterstützung, aber sie wurde von Woche zu Woche geringer, und als er gestern auf dem Amt war, hatte er von Kollegen gehört, daß die Zahlungen vielleicht ganz eingestellt werden würden. Die Gemeinde hätte kein Geld mehr.

Bisher war es noch einigermaßen gegangen. Man hatte immer Brot im Hause gehabt und meist auch noch ein bißchen mehr. Aber nun? So plötzlich war das gekommen, so ganz ohne Uebergang.

Das Klopfen hörte auf. Ein paar Schritte auf der Treppe, ein halblautes Schimpfen — dann wurde es still.

Ganz still. Auch in der Küche drin hörte man nur das schwere Atmen von vier Menschen.

Plötzlich schluchzte Grete laut auf. Mutter und Brüder erschrecken.

„Ich bin an allem schuld,“ stieß sie leise hervor, „wenn ich noch die Waisenrente bekomme... und nun liege ich euch zur Last.“

Schon vor ihrer Geburt hatte der Vater den Unfall auf der Grube erlitten. Es muß ein furchtbares Unglück gewesen sein. Sie erinnerte sich mit Schauern daran, wie der Vater davon erzählt hatte, als sie noch ganz klein war. Viele Kameraden waren dabei ums Leben gekommen. „Er hätte immer noch Glück gehabt“, meinte er lächelnd, indem er auf den leeren Rockärmel zeigte. Aber die Krämpfe infolge der inneren Verletzung wurden immer häufiger, bis dann der letzte schreckliche Anfall kam — und dann war alles zu Ende.

Was die Knappschaftsversicherung an Waisen- und Witwenrente zahlte, war nicht viel, aber die Mutter konnte so gut haushalten, daß alle drei Kinder einen Beruf erlernten.

Offenbachs „Großherzogin von Gecolstein“

In der Berliner Volksbühne

Des Vaters der klassischen Operette nicht schwächstes, aber versunkenstes Werk hat die Berliner Volksbühne zu neuem Leben erweckt. Die verstaubten Texte von Meilhac und Halévy, voll von Assoziationen an die Zeit des spät onapartischen Regimes, mit all ihren Spitzen und Häkchen heut ganz unverständlich geworden, hat Walter Mehring, von dem wir leider viel zu wenig hören, mit viel Sinn für unsere verschlungenen Zeitvorgänge neu bearbeitet. Dabei sind entzückende Sachen herausgekommen. Die alte Satire auf das Parademilitär, heute längst noch nicht eingemotteten Hofprunk und höfische Intrige blüht an den Ergebnissen im deutschen Reich anno 1931 in alter Frische wieder auf. Wer denkt nicht beim Anblick der Figur des General Bum-Bum an zeitgenössische Exemplare der Gattung mit dem eisernen Maul?

Die Musik des Jacques Offenbach bedarf keiner Empfehlung. Sie ist heute so reizvoll wie sie ehemals war und immer wieder: diese Art Operette ist seit Offenbach nie wieder gemacht worden. Der Komponist bleibt ein unerreichtes Vorbild.

Wir sind entgegen kritischen Stimmen, die bezweifelten, daß die Volksbühne recht handelte, wenn sie in solcher Zeit den Berliner Arbeitern Offenbach bietet, der Ansicht, daß diese Aufführung sich wohl rechtfertigen läßt. Das Werk dieses Komponisten hat mit seiner ätzenden Satire an der herrschenden Gesellschaft den Kampf gegen Dummheit und Muckerei beflügelt und die Kritik der Nationalisten und Klerikalen von heute, die die lustig-frechen Melodien Offenbachs und ihre Texte als „kulturbolschewistischen“ Angriff auf ihre heiligsten Güter verfeimen, zeigen uns, daß die Volksbühne auf dem rechten Wege war.

Die Aufführung ist zu loben; der Besuch zu empfehlen. Herrmann Vallentin als säbelrasselnder General, Hubert von Meyerinck als verblödeter Prinzgemahl, vor allem die immer junge Käthe Dorsch als Vertreterin des monarchischen Prinzips ragen unter den Darstellern durch besondere, oft bei offener Szene beklatschte Leistungen hervor.

Die Jungens konnten nicht viel damit anfangen; bald nachdem die Lehrzeit zu Ende war, wurden sie arbeitslos. Aber Grete war trotzdem auf die Handelsschule gegangen, hatte auch Sprachen gelernt; sie war ein mutiges kleines Ding: wenn ich recht viel lerne, werde ich auch Geld verdienen können, sagte sie immer. Und vorläufig hatte sie ja die Hinterbliebenenrente. Aber nun war es zu Ende. Das Kapitel IV § 1 der neuen Notverordnung besiegelte ihr Schicksal: „Ueber das vollendete 15. Lebensjahr hinaus werden Kinderzuschüsse und Waisenrenten nicht gewährt.“

„Ach, Kind,“ seufzte die Mutter, „wenn es sich nur um deine Rente handelte, ich habe mich bisher nicht getraut, es euch zu sagen: mit meiner Rente ist es auch zu Ende.“ Unsicher zog sie einen Brief heraus, der schon seit der Frühpost in der Schublade des Küchentisches lag. Der älteste Junge las: „Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931: Kapitel IV, § 6: „Witwenrenten nach Artikel 3 des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 (Reichsgesetzbl. 1 S. 135) werden nicht mehr gewährt.“

Juli 1929... Ja, damals war's gewesen.

Da war ein neues Gesetz erlassen worden, nach dem auch sie unter die Unterstützungsempfänger fiel. Wie schön war das damals gewesen. Sie erinnerten sich noch alle vier an diesen Tag. Da war es sicher, daß nun die allergrößte Not gebannt sein würde. Und nun war es wieder aus...

Schweigend saßen die vier noch eine Weile am Tisch. Nun hatten sie nichts mehr, gar nichts.

Stumm ging der älteste Junge hinaus. Man hörte draußen eine Tür klappen. Und die drei, die drin blieben, hatten das Gefühl, er werde nie wieder kommen.

Helden des Klassenkampfes

Wie SPD-Heilmann der klerikalen Reaktion in den Sattel hilft

Berlin, 17. Dezember.

Im Aufsichtsrat der „Drahtloser Dienst Aktiengesellschaft“ sind seit dem November 1928 je ein Vertreter des Arbeiter-Radio-Bundes und der Rundfunkgemeinschaft Deutscher Katholiken vorhanden, während für den Verein evangelischer Rundfunkhörer eine Stelle nicht frei war. In der heutigen Generalversammlung der Gesellschaft hat nunmehr der Landtagsabgeordnete Heilmann auf seinen Sitz verzichtet, so daß Pastor Engelmann als Vertreter des Vereins evangelischer Rundfunkhörer in den Aufsichtsrat gewählt werden konnte.

Was sagen die sozialdemokratischen Radiohörer dazu?

Keine Verstaatlichung des Rundfunks

Berlin, 17. Dezember.

Zu verschiedenen in der letzten Zeit verbreiteten Pressenachrichten, daß Pläne einer Verstaatlichung des deutschen Rundfunks beständen, teilt das Reichspostministerium mit, daß nicht beabsichtigt sei, die Rundfunkgesellschaften ihres privaten Charakters zu entkleiden und die Angehörigen dieser Gesellschaften in den Dienst der Reichspost zu übernehmen. — Wie kann man auch so etwas erwarten.

Antwort an Victor

Der bisherige Redakteur des „Sächs. Volksblatts“ in Zwickau, Walther Victor, hat die schwächliche Abwehr der Mitteilung,

daß er aus der sozialdemokratischen Presse in eine noch viel mehr bürgerliche übersiedeln werde — eine Mitteilung, die die „SAZ“ an die Zwickauer Arbeiter gerichtet hatte, um sie erkennen zu lassen, daß Victor sehr konsequent handelte, als er mit perfiden Waffen die Aufrechterhaltung einer neuen Front gegen das Bürgertum zu hindern trachtete — mit der kleinen Spitze gewürzt, daß ich, den er für den politischen Hauptmitarbeiter der „SAZ“ hält, zur gleichen Zeit auch Mitarbeiter des kapitalistischen Verlags Mosse sei.

Die Mitteilung Victors, die mir erst jetzt zur Kenntnis gekommen ist, ist unwahr. Er stellt sie zu durchsichtigen Zwecken auf. Ich kann kaum glauben, daß ihm der Verlag Mosse die Richtigkeit seiner Mitteilung bestätigen werde.

Aber es ist darum nicht wenig interessant, einmal der Entstehung der Victorschen Fabel nachzugehen. Als Victor nämlich im Mai dieses Jahres seines Gotteslästerungsprozesses wegen in schweren Nöten war, da erbat er — Walther Victor — vom Schutzverband Deutscher Schriftsteller die Entsendung eines seiner Mitglieder in den Zwickauer Prozeß-Saal, das über den Prozeß auch in der bürgerlichen Berliner Presse berichten könnte. Die Wahl des Schutzverbandes fiel auf mich. Da mir die Sache jedes Interesses wert schien, setzte ich mich auf die Bahn und fuhr nach Zwickau. Die Reise bezahlte der Schutzverband — nicht das „B. T.“.

Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ konnte mir den Auftrag zur Berichterstattung, um den ich gebeten hatte, deshalb erteilen, weil derjenige Korrespondent, der ihr sonst über Zwickauer Lokalereignisse berichtete, für dieses Mal ausfiel. Er

hatte nämlich zufällig gerade — auf der Anklagebank zu tun. Er heißt — Walther Victor.

Jetzt wissen die Zwickauer Arbeiter also, wie Walther Victor auf die Idee kommt, daß ich Mitarbeiter des Mosse-Verlages sei.

Berthold Jacob.

Proletarier - Kinder krepieren

So will es der Kapitalismus!

TU. Bernau, 18. Dezember.

Mit der Meldung über ein in einer Wohnlaube erfrorenes Kind hat es, wie weitere Nachforschungen ergeben haben, folgende Bewandnis:

In der Kolonie Möllersfelde in der Ortschaft Buchholz ist in einer Laube ein 14 Tage alter Säugling plötzlich gestorben. Nach Angaben der Eltern erfolgte der Tod durch Erfrieren, nach dem Totenschein des Arztes durch Herzschlag. Die Laube war nicht geheizt, und der von den Eltern beantragte Ofen konnte vom Wohlfahrtsamt nicht bewilligt werden.

In einer Laube der benachbarten Siedlung Schönerlinde ist ferner ein ebenfalls zweijähriges Kind in einer ungeheizten Laube gestorben, nachdem eine Erkältungskrankheit vorangegangen ist.

Zwei neugeborene Kinder getötet

Die Leichen jahrelang versteckt

Swinemünde, 17. Dezember.

Die hiesige Kriminalpolizei entdeckte bei einer Haussuchung auf dem Hotelgrundstück Kirchplatz 5/6 zwei mumifizierte Kinderleichen, die schon jahrelang an der Stelle gelegen haben dürften. Die Untersuchung führte zu der Verhaftung der 27 Jahre alten Frau Wally Bott, die der Kriminalpolizei das Geständnis ablegte, ihre in den Jahren 1928 und 1929 geborenen Kinder gleich nach der Geburt getötet und die Leichen bis heute in der Rumpelkammer versteckt gehalten zu haben. Das erste Kind habe sie mit einem Handtuch erstickt und das zweite in einem Eimer ertränkt. Beide Leichen habe sie dann zunächst in ihrer Kontmode, später in einem Pappkarton in der Rumpelkammer versteckt gehalten.

Wer nicht stillhält...

... wandert ins Gefängnis!

WTB. Recklinghausen, 17. Dezember

Der hiesige kommunistische Stadtverordnete Abczynski, der bei den politischen Kundgebungen am Dienstag abend Schmährufe auf die Regierung und den Reichskanzler ausgebracht hatte, wurde heute vom Schnellrichter zu einem Monat Gefängnis bei sofortigem Strafantritt verurteilt.

Auch der Papst macht seinen Weihnachtsfrieden

Köln, 17. Dezember.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, hat der Papst dem Antrag der Ritenkongregation auf Heiligsprechung des seligen Albertus Magnus stattgegeben. Pius IX. wird aller Voraussicht nach noch vor Neujahr die Kanonisationsbulle unterzeichnen.

12 Gebäude abgebrannt

Die Motorspritze eingefroren

TU. Heiligenbeil (Ostpreußen), 18. Dez.

Hier brach im Scheunenviertel am Freitag ein Feuer aus, bei dem zahlreiche Gebäude in Flammen aufgingen. Da die Motorspritze eingefroren war, konnte man zunächst kein Wasser geben. So wurden bis Freitag mittag etwa 12 Gebäude ein Raub der Flammen. Das Feuer wütet in den Mittagsstunden noch weiter.

Weihnachts-Friedensengel auch anderswo



Friedenspropaganda auf der Kirchentreppe

In der Londoner St. Pauls-Kathedrale fand bei Anwesenheit zahlreicher Kabinettsmitglieder und Parteivertreter aus dem Ober- und Unterhause ein Friedensgottesdienst statt, in dem vom Erzbischof von Canterbury feierlich um Erhaltung des Friedens gefleht wurde.

Für die Zweifler, denen Englands größte Kriegsflotte der Welt mißfällt, muß erläu-

ternd hinzugefügt werden, daß natürlich nur die Erhaltung des Friedens in den englischen Kolonien gemeint ist, in denen sich die unterdrückten Völker gegen die Ausbeuter des Krämperimperialismus zu wehren beginnen.

Sollten die Gebete nicht ausreichen, die gewünschte „Ruhe und Ordnung“ herzustellen, würden sich bestimmt ausreichende „härtere Waffen“ finden.

Ganz wie anderswo.

Feuilleton der SAZ

Sächsische Weihnachtsfilm Von Pogrom

Weihnachten ist vielen Anlaß, irgendwem Freude zu bereiten, und das glaubt man am besten mittels geeigneter und ungeeigneter Geschenke tun zu können. Deshalb ist Weihnachten vielen anderen auch Anlaß zu regster Tätigkeit. Während der ersten Dezemberwochen wittern alle Geschäftemacher gute Luft, die ihnen einen zufriedenstellenden Jahresabschluss gewährleisten soll. In diesen Wochen spiegelt sich mit grausamer Deutlichkeit all die große Armut und all der Reichtum eines Landstriches wider.

Sachsen macht darin keine Ausnahme. Sachsen ist ein armes Land, die Not der gewaltigen Proletariatschicht ist größer als in anderen deutschen Ländern. Sachsen ist aber auch ein reiches Land; die Zahl der Produktionsstellen ist besonders groß, auch wohnen viele Millionäre da.

Man muß Sachsen um die Weihnachtszeit erleben, um zu wissen, wie es in Sachsen aussieht, wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch.

Die Zweispieltigkeit der Wirtschaftsordnung zeigt sich um die Weihnachtszeit am deutlichsten in dem Warenreichtum auf der einen Seite und in dem starken Warenhunger auf der anderen. Die Speicher, die Läger, die Regale in den Geschäften liegen voll von Gebrauchsartikeln; das Publikum hat Bedarf nach all den Dingen — in den Weihnachtstagen steigt sich dieser Bedarf —, aber niemand hat die Mittel. Reklame in allen Nuancen soll Käufer locken, Veranstaltungen sollen auf die Käufer einwirken. Alles Bemühen fruchtet jedoch nichts. Es ist kein Geld unter den Leuten. Und wenn man tausendfach beteuert, daß man mit Verlust verkaufen will, es kann niemand kaufen, oder wenigstens nur das Notwendigste. Grotesk wirkt sich die Zeitkalamität aus: die Warenhäuser sind voller „Sehkunden“. Familienväter versuchen, Gratisspielsachen zu ergattern. Die Welt kauft auf „Stottern“ in den Abzahlungsgeschäften. Lebensmittel werden zeit religiösen Zitaten angepriesen. Vor den Verteilungstischen der „Winterhilfe“ warten die Bedürftigsten auf Almosen. Aber in den Luxusgeschäften haben die Verkäufer alle Hände voll zu tun. Juwelen werden noch gekauft, Roben für die nachweihnachtliche Ballzeit werden bestellt, Luxusgeschenkartikel gehen gut ab. Käufer sind die dividendenlosen Aktienbesitzer, die so manchen Hunderter umsetzen. In den Pfand- und Leihhäusern ist ebenfalls Hochbetrieb. Die „Bankhäuser der Besitzlosen“ werden um die Weihnachtszeit stark in Anspruch genommen, denn von Weihnachten bis Neujahr zind die Pfandschalter geschlossen, und um den ersten Januar sind manche wichtige Zahlungen fällig, von denen die Ruhe des nächsten Jahres abhängt. In den Auktionshallen stehen die Warenhungerigen, um für wenige Mark manche wichtige Artikel zu ersteigern. Auf den Straßen stapfen Proletarier, die etwas vom Weihnachtsgeschäft erhoffen. Sie handeln mit Bäumen und Baumschmuck, mit Karten und allerhand billigem Tand. Sie Städte gleichen in den Vorweihnachtsnächten riesigen Märkten. Tausende und aber Tausende kommen von

Aussage eines Nazi vor Gericht Von Theobald Tiger

„Ich möchte den Eid in der religiösen Form ablegen. Ich schwöre — daß ich die reine Wahrheit sagen — nichts verschweigen — und nichts hinzusetzen werde. So wahr mir Gott helfe!

Wir standen da vor Klippermanns Lokal und dachten weiter gar nichts Schlimmes — wir stehn so harmlos da . . . Mit einem Mal — ich sag' noch zu Parteigenossen Kimmes — ich sage: „Kimmes!“ sag' ich — „wir gehn bald jetzt Blümchen pflücken in den grünen Wald . . .“

Auf einmal kommen da die Kommunisten — acht oder hundert Stück . . . ich weiß genau . . . ! und schlagen auf uns los und machen Kisten — an ihrer Spitze eine wilde Frau! Wir mußten alle rasch in Deckung gehn. Ob wir geschossen . . . ? Ich hab' nichts gesehn.

Der eine Kommunist trug in der Linken ein typisch russisches M.G.:

weither, teils um zu sehen, was es zu kaufen gibt, teils aus alter Gewohnheit, teils, um wirklich einiges zu kaufen. Das brüllt und schreit, das wogt und kribbelt, das schiebt und stößt, der Verkehr stockt, Lichter brüllen, aus den Fenstern schreit es, aus den Zeitungen und von den Litfahsäulen springt es schwarz: Kauft! Kauft! Ihr helft euch und vielen anderen! Wer kauft, der hilft der Wirtschaft! Wer kauft, der gibt Erwerbslosen Brot! Wer kauft, der tut seinen Teil an der Winterhilfe! . . . Das Geld soll rollen, das Geld, das nicht mehr unter den Leuten ist . . . Das ist das Bild der Krämpfe einer untergehenden Wirtschaftsperiode . . . Das sind die Schreie bei einer Operation, die noch einmal über den Berg helfen soll! . . .

Weihnacht ist ein Fanal für die zahllosen Vereine und Verbände. Alle Welt ist auf den Beinen, um den „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ nachzukommen. Konzerte, Bälle, Theatervorstellungen, Ausstellungen aller Art, alles will besucht sein. Einladungen werden zu Hunderttausenden gedruckt und versandt, und tausendfach tun sie ihre Wirkung. Alle Welt ist auf den Beinen? Nun, das klassenbewußte Proletariat hat keine gesellschaftlichen Verpflichtungen! Die aber: die christlichen „Wohltätigkeitsverbände“, die Charitasvereine, die Organisationen derer, die um Weihnachten herum ihr philanthropisches Herz entdecken, sie plustern sich auf und tun sehr wichtig. Wohltätigkeitsvergünstigungen, Wohltätigkeitsverlosungen, Wohltätigkeitsaufführungen und Weihnachtsbescherungen werden allerorts veranstaltet von den Mitteln, die man zusammengeschnorrt hat oder die von denen gegeben wurden, die das ganze Jahr über von der Arbeitskraft Hunderter leben. Es ist kaum zu glauben, was für billige Reklame mit dieser Art Wohltätigkeit gemacht wird.

In den Wintersportzentren im Erzgebirge und in der Lausitz wird gerüstet für den zu erwartenden Weihnachtsverkehr. Die Wirts-

mit seiner rechten Hand, da tät er winken — der andre Trupp stand vorn auf der Chaussee. Zwei Kommunisten sangen freche Lieder. Wir waren harmlos, ruhig, doch empört . . . Ich kenn die Angeklagten alle wieder — Ob was . . . ? Geschossen . . . ? Ich hab nichts gehört.

Wir gehn ja immer leis und sanft von hinnen . . . Wir trinken Milch, weil das die Muskeln stärkt. Gestochen . . . ? Wir . . . ? Ich kann mich nicht besinnen.

Mit einem Dolch . . . ? Ich habe nichts bemerkt. Wir sind die friedlichste und stillste Blase. Wir schwören vor den Schranken des Gerichts. Man glaubt uns gern. Mein Name, der ist Haase:

Ich weiß von nichts — ich weiß von nichts. Der Kommunist wird feste arretiert. Wir haben alles sauber einstudiert . . . Beweisen Sie uns mal das Gegenteil . . . ! So wahr mir Gott helfe!

Hitler heil!

leute zittern um winterliches Wetter, denn Weihnachten sind die einzigen Feiertage im Jahre, die die Wintersportler der Flachland- und Kleinhäuser räumen ihre Stuben, weil sie auf Wintergäste hoffen, deren Mietgeld das kärgliche Einkommen aufbessern soll.

Politische Weihnachten in Sachsen? Nun, auch hier ist „Weihnachtsfrieden“ notverordnet. Das Reichsbanner macht wieder einmal in mustergültiger Disziplin, wie wohl zu glauben ist, daß es auch in revolutionären Tagen aus lauter Disziplin zu Hause bleiben wird. Die SPD kämpft gegen Volksbegehren und für Schick und hat im übrigen weit und breit zu tun, um ihren Aufgaben als „Partei der alten Freunde der sozialen Demokratie“ gerecht zu werden. Die bürgerlichen Parteien halten permanente Konferenzen ab, weil sie die bösen Geister, die Nazis, die sie einst riefen, nicht mehr loswerden. Die Hakenkreuzler beweisen ihre Unverschämtheit während der Burgfriedenszeit doppelt: Unter der Maske der Winterhilfe veranstalten sie als Partei in vielen Orten Wohltätigkeits-Militärkonzerte ihrer Standartenkapellen. Da das Tragen von Parteiabzeichen verboten ist, haben sie ihre Hakenkreuze weiß überklebt mit dem Vermerk: „Verboten laut Notverordnung“. Im übrigen ist ihnen das Uniformverbot mächtig in den Krügen gestiegen. Das revolutionäre Proletariat nützt diese „ruhige“ Zeit, um seine organisatorischen Bastionen auszubauen. Es wird sich festigen, damit es bereit ist bei den kommenden Kämpfen. Denn daß Auseinandersetzungen bevorstehen, darüber täuscht sich wohl kein klassenbewußter Arbeiter. Kampf mit einer untergehenden Gesellschaftsordnung wird es geben, und dieser Kampf wird vorbereitet, trotz Burgfrieden, trotz Weihnachten, trotz aller Täuschungsmanöver! Und das sächsische Proletariat wird dabei in bewährter Weise vorangehen!

Der Weihnachtsbaum auf dem Pranger

Auf dem Lübecker Marktplatz steht der alte Pranger, auf den in längst vergangenen Zeiten Gauner und Schieber gestellt wurden, die da dem öffentlichen Spott ausgesetzt waren. Vielleicht gibt es ja heute die Gauner und Schieber nicht mehr, jedenfalls hat der Pranger längst eine andere Aufgabe erhalten. Ein geschäftstüchtiges Reisebüro hat sich dort niedergelassen. Das interessiert uns wenig. Aber — oben auf das flache Gebäude, oben auf die von Eisenstäben umgebene Fläche, auf der früher Schieber zur Schau standen, hat das geschäftstüchtige und ebenso christliche Büro einen Weihnachtsbaum gestellt, der dort im „Strahl der Kerzen“ prangt. Der Weihnachtsbaum auf dem Pranger. Zufällig ist der Marktplatz auch die Stelle, wo jeden Morgen die Arbeitslosen zusammenstehen und diskutieren (pfi, wie pietätlos vor der alten haneschen Vergangenheit). Diese Arbeitslosen sehen ihn auf dem Pranger prangen, den Tannenbaum, der eines der vielen Mätzchen ist, sie nun in den Weihnachtsfrieden einzuschläfern. Auch unsere Arbeitslosen kennen etwas aus der Geschichte, und sie kommen nur zu leicht auf den Vergleich mit dem früheren Vergleich des Prangers. Und da meinen sie, daß wieder ein Gauner auf dem Pranger steht. Jetzt allerdings keine Person, aber das Gauner- und Schiebertum unserer Zeit, der Kapitalismus, ist ja entpersönlicht. Es steht ein Symbol dort oben! Ein Symbol für den Brimborium, mit dem die Richter des Gauner- und Schiebertums unserer Tage abrechnen wollen. Der harmlose Tannenbaum hat uns nichts getan, der tut uns nicht wehe. Aber wozu man ihn gebraucht, das wurmt uns. Man gebraucht ihn, um dich, Prolet, einzulullen mit dem Quatsch der christlichen „Volksgemeinschaft“, die es nicht gibt. Man gebraucht ihn, um dich von deiner Aufgabe, dem Kampf, abzuhalten. Man gebraucht ihn, um dir Weihnachtsfrieden, den die anderen nicht kennen, aufzuzwingen.

Und darum gehört dies Symbol an den Pranger! H. F.

Kleines Feuilleton

Greta Garbos Mata-Hari-Film

Die Abenteuer und der Tod der berühmten Weltkriegsspionin Mata-Hari bilden das Thema eines neuen amerikanischen Films, in dem Greta Garbo die Rolle der Spionin spielen wird.

Eine unbekannte Funktion der Lunge

Bei Experimenten mit Kaninchenlungen gelang es dem Forscher Philipp Spanier, nachzuweisen, daß die Lunge nicht nur die Aufgabe hat, neuen Sauerstoff dem Blute zuzuführen, sondern auch noch eine andere wichtige Funktion aufweist. Danach hat die Lunge auch die Fähigkeit, kleine Fremdstoffe, die in die Blutkreislaufbahn geraten sind, abzufangen. Natürlich nicht auf die Weise, wie etwa ein Sieb solche Fremdstoffe zurückhalten könnte; vielmehr hält die Lunge nur die von den weißen Blutkörperchen umgebenen oder aufgefressenen Fremdstoffe ab.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

1. Fortsetzung

Celestinas Mißtrauen ist damit nicht beseitigt, doch sie will nicht weiter fragen. Patrizia aber winkt Celestina mit den Augen, während sie weiter ihr Gebet murmelt. Ihre Augen schieben unter Shirleys Bett. Sie scheint mehr zu wissen als die Mutter.

Celestina folgt ihrem Blick und entdeckt nun auch einen Pappkarton. Sie sieht ihn schnell hervor, bevor noch Shirley sie hindern kann, öffnet ihn und sieht ein mit Flittern dicht besetztes Abendkleid, goldfarbene Abendschuhe und eine Photographie, auf der Shirley lachend, am Arm eines jungen Mannes, in diesem verheimlichten Kostüm abgebildet ist.

Shirley springt blitzschnell aus dem Bett und reißt die Photographie und das Kleid aus Celestinas Händen.

Dieses Kleid übrigens, das am Abend sie noch entzückt hatte, erscheint ihr hier im hellen Licht recht armselig, ja lächerlich, aber sie wird bald andere haben, die kein Tageslicht zu scheuen brauchen. Oh, man soll nur ruhig über sie lachen.

Celestina denkt angestrengt nach. Der junge Mann auf dem Bild scheint ihr bekannt, sicher ist es ein Gast aus dem Hotel. Was will der von Shirley?

„Kannst du hier nicht genug Männer finden, die deinesgleichen sind?“ Celestina versucht Shirleys Blicke einzufangen.

Aber Shirley schaut in die Luft, während sie in das Zimmer hineinschreit: „Soll ich vielleicht mit einem Tellerwäscher oder einem Hausmann dasselbe Leben weiterführen, das ich hier genieße? Danke, ich bin nicht ganz auf den Kopf gefallen.“

Patrizia hat jetzt ihre Gebete beendet; in einem Ton, als murmelt sie sie weiter, wendet sie sich an Celestina: „Du hättest deine Tochter heute früh sehen sollen, wie sie nach Hause kam. War die guter Laune! Ich wette, ihr Galan hat nicht mit Alkohol gespart. Ja, die Mädchen, die nur an ihr leibliches Wohl denken, können sich ein gutes Leben leisten. Aber was geschieht später mit ihrer Seele?“

Shirley hat ihr rosa Arbeitskleid mit dem großen weißen Kragen angezogen, die Uniform der Wäscherinnen. Ihre dunklen Haare fallen weich auf den Kragen, ihre Haut ist straff und jung, ihre Gestalt schlank. So steht sie vor Patrizia, die ein Gesicht wie eine alte gedörrte Pflaume hat, und sieht sie erst wütend aus dunklen Augen an, dann aber muß sie lachen.

„Du hast sicher Augen in deinem Dutt, denn nichts entgeht dir, obgleich du immer nur deine Heiligen anstarrst. Ich wette, ich werde nie soviel Sünden haben, daß ich die ganze Nacht beten muß, um sie abzubitten. Ihr seid ja nur neidisch, weil euch keiner mehr will.“

Celestina versucht Shirley an sich zu

ziehen: „Shirley, du weißt, was ich von dem Geschwätz der Patrizia halte, aber wozu brauchst du mit Gästen auszugehen? Du lernst nichts Gutes von ihnen, sie lachen dich nur aus, ohne daß du was davon merkst. Du hast dir sicher was Dummes in den Kopf gesetzt.“

Shirley verstopft sich mit den Fingern die Ohren. „Alle Mädchen gehen aus, wenn man sie einladet — wir wollen doch auch etwas vom Leben haben. Wie konnte ich es nur so lange zwischen euch vier alten Frauen aushalten? Ueberlaß nur mir, was ich tue! Ich will heraus aus diesem Dreck, ich will, und es wird auch gelingen.“

Celestina ist hartnäckig. „Ich will nur wissen, was du vorhast.“

Aber Shirley bearbeitet schon ihr Gesicht mit Creme, pudert sich und zeichnet ihre Lippen nach, während sie einen halberblindeten Spiegel vor das Gesicht hält.

Sie ist froh, als Ingrid, das kleine schwedische Stubenmädchen, das mit Celestina auf der gleichen Etage arbeitet, ins Zimmer tritt.

„Heute arbeitest du in meiner Sektion, Celestina.“ Ingrid ist noch nicht lange in Amerika. Sie sucht Wärme wie ein kleines verlassenes Tier.

„Komm her, Ingrid, ich zeige dir, wie man sich schminken muß“, ruft Shirley. „Hast du dich noch nie geschminkt? Willst du, daß alle Leute gleich sehen, daß du eine Eingewanderte bist? Ich werde dich hübsch machen. Gleich siehst du besser aus. Wirst du oft eingeladen von den Gästen? Die alten Damen hier ärgern sich, wenn wir Mädchen mal tanzen gehen. Was sagen dir die Herren?“

„Ich verstehe sie oft nicht, sie sprechen so schnell, dann komme ich mir immer sehr dumm vor. Aber jetzt gehe ich in die Abend-schule und lerne Englisch.“

Die Glocke in dem Trakt des weiblichen

Personals schrillt laut auf. Es ist das Zeichen, daß es an der Zeit sei, jeden Gedanken an das Privatleben auszuschleusen.

Shirley zieht Ingrid schnell aus dem Zimmer. Sie will den fragenden Blicken ihrer Mutter schnell entfliehen.

Alle Türen im Trakt des weiblichen Personals sind geöffnet. Man versucht auf diese Weise Luft in die überfüllten Räume zu bekommen. Die Türen können offenstehen; niemand hat Geheimnisse zu hüten, und es ist auch vollkommen gleichgültig, ob ein halbes Dutzend oder einige tausend Fremde zusehen, wie man sich an- und auskleidet.

In allen Zimmern ist ein abenteuerliches Durcheinander. Alle sind zwar mit den gleichen Betten vollgestopft, in allen stehen die gleichen Bleckschränke, doch auf den Kommoden und auf den Betten häuft sich der weggeworfene Tand aus den glänzenden Räumen des Wolkenkratzerhotels. Man sieht großartige, aber schon vollkommen verwelkte Blumenarrangements, Pfauenfedern, die irgendeiner Modedame als Schreibfeder dienten, zerbrochene Kristallvasen, zerrissene Abendkleider in großartiger Aufmachung, ebenso zerrissene Brokatschuhe mit Straßabsätzen, phantastische Sofakissen mit großen Brandflecken, zerdrückte, zerbrochene Bonbonnieren. Dieses farzige Gerümpel sticht komisch ab von den ärmlichen Habseligkeiten des Personals, den billigen Kleidern, den Heiligenbildern und der alten Postkarten.

Die Korridore sind erfüllt von beängstigendem Lärm, von ansiger Geschäftigkeit, von Schreien und Lachen.

Tausende schwirren herum. Bunte Farben flimmern durcheinander. Die Wäscherinnen tragen blaue, die Laufmädchen aus der Wäscherei rosa, die Scheuerfrauen gestreifte, die Stubenmädchen gelbe, die Kellnerinnen in der Sodaquelle ockergelbe, die in dem Teerraum fliederfarbene Arbeitskleider.

(Fortsetzung folgt)

Ahlen

Unter Korrektur. „Der Oberbürgermeister Dr. Berger in Oppeln, Mitglied der SPD, bekam von Kardinalbischof Bertram in Breslau eine Medaille verliehen wegen seiner Verdienste um die Förderung des Wallfahrtswesens“; so berichtet Clara Meyer, Lugau, im Organ des Deutschen Freidenkerverbandes. Daß es solche Exemplare „buntes Marxisten“, die sich gern eine kirchliche Anerkennung holen möchten, auch in Ahlen gibt, zeigt folgender Vorfall. Die SAZ berichtete am vergangenen Sonntag, daß die öffentliche Freidenkerversammlung mit dem ehemaligen Priester Papert auf Grund des Verbots durch die Notverordnung nicht stattfindet. Hierauf erscheint in der SPD-Presse „Der Hammer“ ein Artikel mit der Überschrift: „Unwahre Gerüchte“, wonach nicht die Polizei, sondern der Freidenkerverband selbst das Stattfinden der Versammlung vereitelt habe. Wir gratulieren dem Korrektor der SPD-Presse, Herrn Stadtoberinspektor Wellbrock, zu seinem genialen Einfall; aber die ehrlichen Kämpfer des Sozialismus haben den Zweck dieser Ludenthorff-Notiz erkannt und werden dem Posauenbläser der evangelischen Liste die Quittung erteilen. — Bezeichnend für die augenblickliche Situation in der Ahlener SPD ist es, daß diese Notiz in einer Vorstandssitzung am Sonntag verfaßt wurde, um den Freidenkern im Kampf gegen die von Preußen-Severing gestützte Kulturreaktion den „Wind“ aus den Segeln zu nehmen. — An dieser Stelle muß daher darauf hingewiesen werden, daß die örtliche Polizei diese Versammlung nicht zulassen wollte und durfte; daß ferner schon am Tage nach der Radiorede Brüning's zur Notverordnung das Handzettelverteiler für diese Versammlung von der örtlichen Polizei nicht zugelassen wurde. — Darum, ihr SPD-Arbeiter, zieht den Trennungstrich zwischen religiösen und revolutionären Sozialisten. Kommt zur SAP!

Die Wintersonnenwende der „Roten Falken“ in Verbindung mit der SAP-Frauengruppe, findet heute, Samstag, 16. Uhr, im Lokal Wilh. Bergmann, Ulmenhof, statt. Ein von unserem Roten Jungvolk wirkungsvoll ausgearbeitetes Programm steht im Mittelpunkt der Veranstaltung. Kampf ist die Parole unserer Frauen!

Beckum

Die Kinderlähmungsepidemie, die im Kreise Beckum vereinzelt stark aufgetreten war, ist nach Mitteilung des Kreisarztes Medizinalrat Dr. Heyer so gut wie erloschen. Die Sprechstunden des Arztes werden wie bisher in der üblichen Weise im Magistratsratssaal des Rathauses jeden Freitag von 9—12.30 und 14.30—16.30 Uhr durchgeführt.

Offenbach a. M.

Hungerrevolten. In den verkehrsreichsten Straßen unserer Stadt fanden Protestkundgebungen von Erwerbslosen statt. Man hörte wieder Rufe wie: „Hunger! Gebt uns Arbeit und Brot!“ Die Polizei stülpte den Hunger sofort mit dem Gummiknüppel. — Zu gleicher Zeit veröffentlicht unser SPD-Blatt eine Betrachtung zur letzten Notverordnung: „Schweigen im Walde.“ Darin heißt es: „Der Notverordnungssturm hat sich eigentlich sehr schnell gelegt.“ Natürlich, das mußte er auch, zumal der SPD-Artikelschreiber naiv feststellt, daß bereits eine Reihe von Gegenständen eine Preissenkung von 10 Prozent erfahren habe und eine weitere Senkung im Einzelhandel unmöglich sei. Na also, Arbeitslose von Offenbach, das sind doch Argumente, mit denen euren Magen beizukommen ist!

Freiburg i. Br.

Von der Parteiarbeit. Seit ihrer Gründung am 29. XI. hat unsere Ortsgruppe drei Diskussionsabende durchgeführt und hierbei erstmals in Freiburg den Rahmen geschaffen für eine kameradschaftliche Diskussion zwischen Mitgliedern der SPD, SAP, KPD. Die Diskussion ging an jedem Abend aus von einem der Abschnitte des Parteiprogramms. (Die Krise des kapitalistischen Systems — Der Klassenkampf — Der Kampf um die Macht.) Die nächsten Zusammenkünfte werden die Form einer Arbeitsgemeinschaft über den Faschismus haben; nach Wegfall des Burgfriedens werden wir in öffentlicher Arbeitsgemeinschaft programmatische Anträge für den Parteitag ausarbeiten.

Hannover

Wie sieht's bei uns aus? Die Wohlwärtigen beiderlei Geschlechts haben gute Stunden. Die sogenannte Winterhilfe erteilt ihnen wieder mal Absolution von ihren Sünden. Sie entdecken ihr soziales Herz. Die sentimentale Phrase feiert Orgien. Ein unterhaltsames Schauspiel überdies die Bettelkuren der Reichswehr und die Blaskonzerte der als Stahlhelmer maskierten Spießbürger. So wird billige Reklame gemacht für ihren Kriegerverein. Mit Volksgemeinschaftsphrasen und ein paar abgelegten Klamotten und sehr viel Worten versucht man, das Proletariat noch einmal vor revolutionären Unvorsichtigkeiten zurückzuhalten.

Weil sich ein paar Reichsbannerarbeiter am 30. November gegen eine Hand voll Nazis wehrten, schleppte man sie vor Gericht und quitierte das kleine Intermezzo für den einen Reichsbannermann mit der Kleinigkeit von fünf Monaten und für den anderen mit drei Monaten Gefängnis. „Ist das gerecht?“ so fragt der „Volkswille“. Ganz gewiß nicht, lieber „Volkswille“, — aber dürfen wir die Gegenfrage stellen, ob es richtig ist, noch immer der Handlanger für ein System zu sein, das diese Klassenurteile zuläßt? Die Antwort geben jene Reichsbannerkameraden, die zu uns zur SAP kommen. — Du, lieber „Volkswille“, hast kein Recht dazu, dich gegen Klassenurteile aufzulehnen, solange du an jenem verhängnisvollen Sprachfehler leidest, daß du das „r“ nicht sprechen kannst und demzufolge eine Regierung stützt, die du zusammen mit dem revolutionären Proletariat, längst hättest stürzen sollen.

Rosenfeld in Bremen

Trotz „Weihnachtsfrieden“ überfüllte Versammlung

Die bremische Öffentlichkeit ist erfüllt von dem gerichtlichen Nachspiel der blutigen Vorfälle am 9. November. Kurt Rosenfeld als Verteidiger wirkt auf die Nazis und die Bürger wie ein rotes Tuch auf den Stier und erzeugt bei unseren angeklagten Genossen und den Reichsbannerkameraden zuversichtliche Kampf Stimmung.

Am Dienstagabend wurden die bremischen Genossen gewahrt, daß die Mittwoch-Verhandlungen bereits um 16 Uhr beendet sein sollten. Also mußte Rosenfeld vor der Bremer Parteimitgliedschaft sprechen. Wie gerne hätten wir eine große öffentliche Versammlung gemacht. Aber es ist „Weihnachtsfrieden“!

Mittwochmorgen — Suche nach einem Saal. Gegen Mittag ist er gefunden. Nun die Handzettel gedruckt und verteilt. Und der Erfolg:

Fast die ganze Bremer Parteimitgliedschaft ist gekommen, jung und alt. Das Lokal erweist sich als viel zu klein, so daß das angrenzende Klubzimmer zu Hilfe genommen werden mußte!

Rosenfeld spricht: Die SPD ist nicht mehr die alte revolutionäre Partei der Vorkriegszeit, und es ist eine Illusion, zu glauben, daß sie sich vom Bürgertum wieder lösen wird.

Die Tolerierung des „Weihnachtsfriedens“ ist die logische Fortsetzung der Burgfriedenspolitik, die im August 1914 begann. Und wahrscheinlich wird am 3. Januar der „Weihnachtsfrieden“ für Weihnachten 1932 beginnen.

(Zwischenruf: „Ostereierschutzgesetz“) Wie 1918 die Revolution nicht von der SPD ausgedient wurde, sondern von den revolutionären Arbeitern, die nicht mehr unter dem zusammenbrechenden System leben wollten, so auch heute. Die SPD toleriert Brüning, wie sie die Revolution haßt. In wenigen Worten, aber in klarer und einprägsamer Sprache schildert der Redner kurz die verderbliche Politik des „kleineren Lebens“ der SPD in den letzten Jahren, die die Arbeiterklasse in ihrer Kampfkraft schwächte. Heute reißt eine fast unüberbrückbare Kluft die Arbeiterschaft auseinander. Unsere Aufgabe ist es, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen.

Ueber das Parteiinteresse das Klasseninteresse gestellt, dann wird es uns gelingen, das Proletariat zum Kampf zu führen.

Unser ärgster Gegner ist der Faschismus. Wir werden ihn überwinden, aber nicht, um nachher wieder die bürgerliche Republik zu festigen. Nein, vorwärts wollen wir, zur Diktatur des Proletariats, um die sozialistische Gesellschaftsordnung vorzubereiten!

Zwei Uebertritte von der SPD und drei Neuaufnahmen waren das erste Ergebnis. Aber starker Kampfgeist besetzte die Versammlung und wird uns auf unsere Art über den „Weihnachtsfrieden“ bringen.

Das „rote Matrosenlied“ schloß die prächtige Versammlung.

Hamburgische Bürgerschaft

Die Bürgerschaftssitzung in Hamburg hatte eine Tagesordnung zu erledigen, die 8 Anfragen, 5 selbständige Anträge und 4 Besprechungen von Anträgen aufwies.

Unter den Anfragen interessierten die kommunistischen, die die Errichtung neuer Wohlfahrtsstellen und die Abänderung der Sperrfrist für streikende Seeleute forderten. Während für die erste Forderung eine Besprechung beschlossen wurde, wurde sie für die letztere abgelehnt.

Sodann beschäftigte sich die Bürgerschaft mit der nationalsozialistischen Vorlage eines Gesetzes zur Sicherung der freien Meinungsäußerung. Die Vorlage wurde von Dr. Engels (NSDAP) mit juristischen Spiegelfechtereien begründet. Es gelang sowohl dem Vertreter der SPD als auch dem der KPD, den Nazis die Maske vom Gesicht zu reißen und ihnen nachzuweisen, daß es ihnen nicht um die freie Meinungsäußerung, sondern um parteigenössische Manöver geht. Die Vorlage erzielte ein Abstimmungsergebnis von 48 Ja- und 99 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen, womit sie zu Fall gebracht war.

Der nächste Punkt brachte auf die Initiative der KPD eine große

politische Aussprache über die 4. deutsche Notverordnung.

Verbunden wurde dieser Punkt mit einem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des Uniformverbots. Für die KPD sprach H. Meier sehr sachlich. Er umriß in scharfer Form die außerordentlichen Schäden, die der Arbeiterschaft bereitet wurden. Nach ihm begründete Stavenhagen (Dnt.) seinen Antrag. Man rief förmlich in seinem Benehmen und seinem schnarrenden Ton den Stahlhelmsoldaten, der hier im Parlament viel Heiterkeit erregte. Er trat schließlich unter lebhaften Hurra- und Heil-Rufen von links ab. Ihm folgte auf der Tribüne Herr von Altwörden, der hiesige Obernazi, der sich bemühte, eine nationalsozialistische Staatsrede zu halten. Er floß vor Legalität über! Nach ihm kam der Vorsitzende der SPD, Meitmann, zu Wort, der eine wissenschaftliche Abhandlung über Krisen im kapitalistischen System von sich gab und sich dann in heftiger Polemik gegen — nein, nicht gegen die Nazis oder Herrn Brüning — die KPD wandte. Lachend ver-

ließen die Nazis den Saal und postierten sich grinsend hinter den Glastüren. Von hier aus schauten sie zu, wie SPD und KPD wüst gegeneinander brüllten und sich gegenseitig Arbeiterverrat vorwarfen. Aus Meitmanns Worten muß festgehalten werden, daß er von proletarischen Revolutionserhebungen sagte, er wünsche, daß, wer Gewalt anruft, auch auf Gewalt stoße, und daß er betonte, erst nach dem Sturz der Regierung Brüning komme die Schwerindustrie ans Ruder (Zwischenrufe von links: „Wer lacht da?“). Wenn er auch sagte, daß die Reichsregierung sozialistenrein sei, so mußte er sie doch verteidigen und im selben Atemzug für ihre Machenschaften die Verantwortung der SPD ablehnen. Alles, was er redete, klang schwächlich und fand selbst in den eigenen Reihen keinen rechten Beifall. Vielleicht lag es daran, daß Meitmann auch anders und mit Elan reden kann; zum Beispiel als er vor der Delegiertenversammlung der SPD sagte: „Tolerierung heißt Verzicht auf unmittelbarem Einfluß aber volle Teilnahme an der Verantwortung. Sie bedeutet Verantwortung ohne Macht! Eine Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD kann und darf deshalb nicht in Frage kommen.“ (Hamburger Echo v. 26. 9. 30.)

Diese Stellungnahme wird er wohl durch kein Redekunststück mit seinen Ausführungen in der Bürgerschaft in Übereinstimmung bringen können.

Dann verflachte die Diskussion. Es sprachen die Redner der kleinen bürgerlichen Mittelparteien. Interessant war es, zu beobachten, wie kein Redner es wagte, die Verantwortung für die Notverordnung für seine Partei in Anspruch zu nehmen!

Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag brachte 77 Ja- und nur 66 Nein-Stimmen, die über den deutschnationalen Antrag 76 Ja- und 61 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Damit bekannte sich

die Mehrheit, wozu beide Male nicht die SPD gehörte, gegen die 4. Notverordnung und gegen das Uniformverbot!

Also, Reichsbanner-Arbeiter, selbst eure parlamentarischen Führer wollen das Uniformverbot!

Die Zeit war inzwischen auf 1.15 Uhr fortgeschritten. Die Bürgerschaft vertagte sich deshalb bis nach Weihnachten.

wieder ein schönes Schauspiel von der Einigkeit des Proletariats geboten und uns gezeigt, wie man proletarische Solidarität, wie wir sie in Bremen geübt haben, quittiert.

Bremen

Ein Reichsbannermann im „Volkshaus“ niedergestochen. Am Mittwoch wurde gegen 21 Uhr ein Reichsbannerkassierer im Volkshaus von einem Unbekannten niedergestochen. Der Reichsbannermann gab an, daß er schon von der Landwehrstraße aus verfolgt wurde. Im Volkshaus wurde er in der 2. Etage plötzlich überfallen und erhielt mehrere Messerstiche in den Oberarm. Auf seine Hilferufe eilten unsere Genossen aus dem Ledigenheim und Reichsbannerleute, die sich im Volkshaus aufhielten, sofort herbei. Trotz sofortiger Besetzung aller Eingänge ist der Täter unerkannt entkommen. Der Ueberfallene wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei dauern noch an.

Stralsund

Was M. d. R. Streufert von der Notverordnung sagt. Der vorpommersche Reichstagsabg. Streufert hat wieder einmal

SAZ

Bezirk Hessen und Hessen-Nassau

Der Bezirksvorstand beruft am Sonntag, den 3. Januar 1932, vormittags 10 Uhr, nach Frankfurt am Main, Neues Gewerkschaftshaus, Bürgerstraße, Kolleg I, eine Bezirkskonferenz

mit nachstehender Tagesordnung ein:

1. Die politische Lage;
2. Organisation und Presse;
3. Wahlen:
 - a) des Bezirksvorstandes,
 - b) der Pressekommission,
 - c) des Mitgliedes des Reichsparteiausschusses.

Alle Ortsgruppen werden aufgefordert, in Mitgliederversammlungen sofort Stellung zu dieser Konferenz zu nehmen und Delegierte zu wählen. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen. Einzelmilitglieder und Vertrauensleute werden ersucht, an der Konferenz teilzunehmen.

Der Bezirksvorstand
I. A.: A. Portune

Gelegenheit genommen, die SPD-Mitglieder von der Notwendigkeit der Tolerierungspolitik zu „überzeugen“. Die Auswirkungen der Notverordnung kennzeichnete er wie folgt: Die Lage der Gemeinden ist trostlos, deshalb soll die neue Notverordnung einen Ausgleich der Schäden bringen. Auch soll dadurch die Wirtschaft angekurbelt werden, und vor allen Dingen soll sie den „inneren“ Frieden sichern. Bei der Preis- und Zinssenkung ist es nach Streuferts Ansicht eine besondere Errungenschaft, daß Schutzvorschriften über Kartellpreise eingeführt sind. Dadurch würden die Kohlen billig werden. Alle durch Notverordnung herabgesetzten Preise dürften bis Juli 1932 nicht wieder erhöht werden. Die Zinssenkung würde wahre Wunder bringen, denn die Mieten würden nun tragbar werden. Wenn auch die Leistungen in der Krankenfürsorge stark herabgesetzt seien und 400 000 Unfallrentner ihre Renten verlieren, so müßte die Fraktion doch weiter tolerieren. Auch in der Invaliden- und Angestellten-Notverordnung seien sehr starke Eingriffe erfolgt. Außerdem bringt die Notverordnung eine Senkung der Beamten- und Angestelltenbezüge. Das Reich habe dadurch 90 Millionen, die Länder 284 Mill. und die Gemeinden 522 Millionen Ersparnis. Aber Streufert kann auch Witze machen, damit sich seine Anhänger nicht so sehr langweilen; denn er sagte: „Die Notverordnung ist aber keinesfalls von der Fraktion angenommen. Warum duldet denn die Fraktion dann die Notverordnung auch nur einen Tag? Recht interessant ist auch, was Streufert seinen Parteigenossen über die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sagte. Die Unterhändler hätten bei Brüning gegen die Senkung der Löhne protestiert. Brüning habe sich diesen Forderungen anfangs nicht verschließen können. Als aber der Arbeits- und auch der Ernährungsminister mit dem Rücktritt drohten, lehnte Brüning die Forderungen ab. Ausschlaggebend für die Fraktion sei auch die Kampfansage Brüning's gegen den Faschismus. Nun werden also Brüning und die Reichstagsfraktion der SPD den Faschismus gemeinsam „bekämpfen“ — und er wird dabei immer stärker werden, bis er sie beide überlaufen hat. Nach Streuferts Ansicht wäre mit einer anderen Taktik auch nichts erreicht worden. Aber, sagte er zum Schluß, im Januar werden wir nicht mehr tolerieren, wenn die Preissenkung nicht durchgeführt wird. Die Fraktion habe den Beschluß aus innerster Ueberzeugung gefaßt, um der Arbeiterschaft zu helfen. — Der Parteivorstand hat Streufert anscheinend eine größere Anzahl Schachteln weißer Salbe mitgegeben, damit er die hiesigen Anhänger der SPD so richtig anschiern kann. Wann werden die Arbeiter es endlich einsehen, daß es jetzt kein „Stillhalten“ mehr gibt, sondern nur noch entschiedenen, rücksichtslosen Kampf!

Die Zuckerfabrik hat ihre Kampagne beendet. Der größte Teil der Belegschaft hat die Fabrik verlassen. Einige hundert Arbeiter und Arbeiterinnen wurden wieder — gerade in der Zeit des „Weihnachtsfriedens“ — auf die Straße geworfen. Nur ein ganz geringer Bruchteil ist noch mit den restlichen Arbeiten beschäftigt, wird aber auch in einigen Wochen den Betrieb verlassen. Es wurde damit gerechnet, daß die diesjährige Kampagne etwas längern dauern würde, weil die Barther Zweigfabrik stillgelegt war. Auch diese leise Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Die hiesige Erwerbslosenzahl hat durch die Entlassungen beträchtlich zugenommen.

Arbeiterschicksal. Auf dem Dampfer „Altefahr II“ ereignete sich beim Anhängen eines Lastwagens ein Unglücksfall, der dem Maschinisten Fründt eine Gehirnerschütterung einbrachte. — In der Zuckerfabrik erlitt der Maschinist und Heizer Arutjunoff durch Sturz von der Leitung einen schweren Unfall. Die Beinverletzungen waren so stark, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Tribsees

Der Mord an dem Kommunisten Braun aufgeklärt. Der Konditor Karstädt von den Nazis, der des Mordes an dem Kommunistenführer Braun überführt war, hat die Tat vor dem Untersuchungsrichter eingestanden. Dieser bestialische Meuchelmord wird von den Nazis nun so hingestellt, als wenn es nur Körnerhandlung mit dem Ausgang ist.

Sportschau der SAZ

Was bringt der Sonntag?

Fußball 1. Kreis

Schwacher Betrieb am „Goldenen Sonntag“

Die Kreisklasse hat nur ein Spiel angesetzt: Butab gegen Spandau 25. Beide Mannschaften spielen auf „eigenem Platz“. Für Butab handelt es sich um den Verbleib in der Kreisklasse. Nach dem Abschneiden der Technik gegen Lichtenberg steht eine Überraschung durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Im 2. Bezirk fällt die Vorentscheidung! Gewinnt Hansa 31 das Spiel gegen Eintracht Bezirksmannschaft, dann ist die Meisterschaft sicher, weil bei den noch ausstehenden Spielen nicht so viel Punkte verloren werden können wie der Tabellenweite im Nachteil ist. Nachstehend die Tabelle:

1. Bezirk	2. Bezirk	Tabellenstand vom 19. 12. 1931.	Abt. A.	Punkte
Hansa 31	12	12	—	73 10
Zehdenick	16	13	1	71 34
Vorwärts	16	1	5	57 20
Saxonia	15	7	—	56 30
Eintracht Bez.	15	6	2	19 18
Freie Scholle	16	4	3	43 19
Birkenberg	8	3	1	22 25
Weißer See Bez.	15	2	11	20 62
Wendisch	15	2	1	17 77
Adler Bez.	8	—	—	12 33

Das Spiel Saxonia—Freie Scholle vom 11. 12. Resultat 3:2, erhält Fr. Scholle gewonnen. Grund Teilnahme nichtspielberechtigter Spieler von S.

Weitere Spiele im Kreisgebiet (Anfang: 1. Männer 14.00, 2. Männer 12.15, Jugend 10.00 Uhr): 2. Bezirk, Abteilung C: Saxonia 2—Mildenberg (Freie Scholle). — 3. Bezirk, 2. Klasse, Abteilung A: Butab—Elstal (Spandau 25). Börsenspiele: Spandau 25—Drewitz (Eintracht) 14.00 Uhr, Ketzin—Potsdam (auslosen). — 4. Bezirk, Entscheidungsspiel um die Abteilungsmeisterschaft, 2. Mannschaften, Abteilung C: Hertha—Luck. T. V (Hertha-Platz Luck; Weigt, Luck. T. II) 12.15 Uhr. Jugend, Serienspiele: Minerva 1 gegen Wilmsd. 1 (Bäker, Norm.). 11.00 Uhr, Normania 1—Eintracht 1 (Butab) 10.00 Uhr. Pflichtspiele: Drewitz—Minerva 1 (Caputh) 11.00 Uhr, Vorwärts—Wedd.—Staaken (Saxonia) 10 Uhr, Eintracht 2—Lichtenberg 2 (Hansa) 10 Uhr.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit auf die erfreuliche Tatsache hin, daß trotz aller verordneten Not, die besonders unsere jüngste Generation mit aller Schwere trifft, wieder drei Vereine Schülermannschaften ins Leben gerufen haben: Die Freie Turnerschaft Zossen, Spandau 25 und Hansa 31. Der Sonntag bringt denn auch für die Freunde der Jugend ein ausserordentliches Programm: Pankows Schüler empfangen Besuch aus Zossen (11.00), Drewitz trifft auf Elstal (11.00), Hansa 31 gibt die Antrittsvorstellung gegen Minerva 28 auf deren Platz (9.00!), und die Jüngsten von der Freien Scholle fahren zu den Obstleuten nach Caputh (11.00). Ma.

Die Handballer

Im Kampf um die zweite Runde

In der Abteilung A der 1. Klasse muß Volkssport Wedding 3 gegen Eiche Cöpenick auf dem Vereinsplatz, Wendenschloßstraße, antreten. — Die Freie Turn- und Sportvereinsvereinigung Nowawes fährt zur Freien Turnerschaft Hennigsdorf. Um 10.30 Uhr wird das Spiel

beginnen, das Nowawes unbedingt gewinnen mußte. — Der Spitzenreiter der Abteilung B, die FTGB-Süden, erwartet die FTGB-Oberspree um 10 Uhr auf dem Dominikus-Sportplatz. Süden gilt als Favorit. — Wenn Eintracht Mahlsdorf gut disponiert ist, dürfte es möglich sein, daß FTGB-Nordring mit der unvorteilhaften Mannschaftsaufstellung die Punkte verlieren wird. Spielbeginn um 11 Uhr. Platz Mahlsdorf, Hühner Chaussee.

Bezirksklasse Osten: FTGB-Baumenschulweg gegen TSV-Kaulsdorf um 15 Uhr im Pfandwald. Wenn Kaulsdorf sich weiter an der Führung beteiligen will, so muß die Mannschaft unbedingt gewinnen. — Eiche II Cöpenick trifft um 14 Uhr auf dem Vereinsplatz, Wendenschloßstraße, auf die FTGB-Adlershof. — Friesen Fürstenwalde spielt gegen FT-Erkner um 14 Uhr in Fürstenwalde.

Gruppe B: FTGB-Lichtenberg gegen Athletik-Sport-Club um 11 Uhr im Lichtenberger Stadion. — Gruppe C: FT-Oberspree gegen Kalkberge um 11 Uhr im Pfandwald. — Eintracht II-Mahlsdorf gegen VfL-Ostring um 14.15 Uhr in Mahlsdorf.

Frauen: Eiche Bohnsdorf gegen FTGB-Osten um 10 Uhr in Bohnsdorf. — FTGB-Lichtenberg gegen FTGB-Adlershof um 10.10 Uhr im Lichtenberger Stadion.

Bezirksklasse Norden: FTGB-Rosenthal gegen Tegel um 15.30 Uhr Platz Hauptstraße. — Bernau gegen Reinickendorf um 10.30 Uhr in Bernau am Wasserturm. — Volkssport Wedding 4 gegen FTGB-Norden 1 um 12.15 Uhr Volkspark Rehberge. — FTGB-Norden 3 gegen Schwante um 14 Uhr im Humboldthain. — Frauen: Volkssport Wedding gegen FTGB-Nordring um 11 Uhr Volkspark Rehberge. — Volkssport Wedding 2 gegen FTGB-Nordost um 10 Uhr, Volkspark Rehberge.

Bezirksklasse Westen: FTGB-Spandau gegen Nowawes 2 um 14.45 Uhr in Spandau, Seeburger Straße. — Potsdam gegen Nowawes 3 um 14 Uhr in Potsdam, Luftschiffhafen. — Fr. Schwimmer Falkensee gegen Bornstedt um 14 Uhr in Falkensee.

Bezirksklasse Süden: Wilmsdorf gegen Berlin XII um 11 Uhr, Ciceroplatz. — FTGB-Süden 2 gegen Ruhlsdorf um 11 Uhr auf dem Dominikusplatz. — Zda gegen Friedenan um 11.20 Uhr im Neuköllner Stadion. — FTGB-Süden 3 gegen Schenkendorf um 14.30 Uhr Dominikusplatz. — Frauen: Turnerschaft Luckenwalde D gegen Luckenwalde C um 10 Uhr, Luckenwalde 1. Abt. 2 gegen 1. Abt. um 10.50 Uhr, Hetscheide.

Arbeiter-Hockey-Spiele

Gruppe A: Tennisrot und ASV-Moabit um 11 Uhr, Platz Laskerstraße. — VfL-Ostring 2 und Rotweiß um 12.50 Uhr im Lichtenberger Stadion. — Pankow und FHC-Spandau um 10.30 Uhr, Platz Kössingenstraße. — Gruppe B: VfL-Ostring 1 gegen Athletik-Sport-Club um 14 Uhr im Lichtenberger Stadion. — Rotweiß 2 gegen FTGB-Tempelhof um 14 Uhr in der Schönhauser Allee. — Im Pflichtspiel treffen sich FTGB-Osten und Wedding um 8 Uhr auf Platz Ost, Laskerstraße. — Gruppe C: Spandau 2 gegen FTGB-Tempelhof um 14 Uhr in Spandau, Wilhelmstraße. — Gruppe D: ASV-Schöneberg gegen Moabit 2 um 14 Uhr in Schöneberg, Rubensstraße. — Pankow 2 und Volkssport Neukölln um 8 Uhr, Kössingenstraße. — Gruppe E: VfL-Ostring 3 gegen Moabit 3 um 9.30 Uhr im Lichtenberger Sta-

dion. — Frauen: Pankow gegen Rotweiß um 9.30 Uhr, Kössingenstraße.

Weitere Pflichtspiele: Rotweiß 3 gegen ASC 2 um 12.30 Uhr, Schönhauser Allee. — Schönberg gegen Bernau um 12.50 Uhr in Schönberg.

Wettkampf der Geräteturner Eine prächtige Veranstaltung in Ratingen

Trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse war die Veranstaltung der „Freien Turnerschaft Ratingen“ gut besucht, ein Zeichen dafür, daß für das Geräteturnen noch ein starkes Interesse besteht. Das merkte man auch daran, wie aufmerksam jede Übung verfolgt wurde. Die Veranstaltung wurde durch Freübungen und Gymnastik der Turnerinnen und Jugendturner bereichert. Diesmal schossen die Turnerinnen nicht den „Vogel“ ab, diesmal gehörte der Abend den Geräteturnern. 18 Turner stellten sich den zwei Unparteiischen, und es war eine Freude, die prächtigen Leistungen zu sehen. Besonders die prächtigen Schwingen am Reck waren ein Wohlgefallen. Es war das erstmal in Ratingen wie auch im 7. Bezirk, daß ein derartiger Kampf zur Durchführung kam. Allgemein war der Wunsch nach einer Wiederholung.

Zur Kritik sei folgendes gesagt: Der Übungsaufbau fehlte zum Teil, auch beim Abgang war bei etlichen Genossen eine Unsicherheit zu verspüren. Allerdings waren die Übungen recht schwierig und erforderten vor allen Dingen viel Mut und Entschlossenheit.

Das Endergebnis lautete: Freie Turnerschaft Ratingen 470½ Punkte; Freiheit, Eller 441½ Punkte; 1895, Düsseldorf 434 Punkte.

Sachsen-Sport

In der Bezirksratssitzung des 6. Bezirks

wurde beschlossen: im Jahre 1932 findet ein Bezirksfest der vier Sparten statt. Vereine, die sich um dieses Fest bewerben wollen, und geeignete Anlagen besitzen, geben ihre Meldung schriftlich bei dem Bezirksvorsitzenden ab. Der Bezirksfesttag aller Sparten findet am 21. Februar 1932 in Steinitz statt. Ein Vorzug wird an diesem Tage nicht gewährt. Die Delegierten, 40 an der Zahl, werden von den Sparten gewählt. Vereine haben also kein Delegationsrecht. An dem Bezirksfest der Turner nimmt Genosse Schlesinger, an dem Bezirksfest der Fußballer der Tennis-Schneider als Vertreter des Bezirksrates teil. In dem Parteizustand der Bezirksrat mit dem Kreisrat einzig, der ausdrücklich festgestellt hat, daß der Vertrieb, oder die Verteilung von Werbeproschüren oder Broschüren für die politischen Parteien in unseren Veranstaltungen nicht gestattet ist. In einem Schreiben des Bundesvorsitzenden kommt dasselbe zum Ausdruck. Der Pressedienst des Bundes wird der SPD und auch der SAP gleichmäßig zuzustellen. Der Bezirksrat stellt sich hinter die Beschlüsse des Kreisrates und des Bundesvorstandes.

Organisations-Nachrichten

Freireligiöse Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Hans Altkewitz: „Gemeinschaften der politischen Dekonomie.“ Achtung! Bild- und Buchausstellung der Freireligiösen, Sonntag, 11 Uhr, in der Zeit von 11-12 Uhr, Sonntag, in der Zeit von 11-12 Uhr, Tempelhof, Dorfstr. 22, in Kreuzberg, Yorkstr. 11, in Neukölln, Bergstr. 29.

SAP

Bezirksverband Berlin: Erweiterte Bezirksversammlungsitzung Sonntag, 20. 12. 31, 12 Uhr, im Saale, Berlin, Kommodenstr. 50, Ecke Grünstraße. Ein pünktliches Erscheinen wird gebeten.

SAP-Genossen von der Krafttag treffen sich Sonntag, den 19. 12. 31, 20 Uhr, im Lokal Schneider Engländer, neben dem Gewerkschaftshaus.

Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf: Mitgliederversammlung Montag, 21. 12. 31, 19.30 Uhr, Thomanstr. 10, in der russischen Revolution. Ref.: Rofort, Fritz Ruck.

Bezirk Brandenburg: Leser der SAZ und Sympathisierende aus Borsdorf und umliegenden Ortschaften wollen sich mit dem Genossen R. Wehner, Borgdorf b. Berlin, Lindenstr. 2, in Verbindung setzen.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Heute, Sonnabend, 19. 12.:

Mariendorf: „Rote Pioniere“ Heim Marienfelde (a. Bahnh.) Tagespolitik.

Schönhauser Viertel: „Paul Leyke“ Beteiligung am Jugendkongress, 20. 12. 31, Prenzlauner Allee 31. Thema: „Das kommunistische Manifest“.

Spandau: Heim Lindenauer 2: Tagespolitischer Ausschussabend.

Aktionsbezirk Nordost: Heim Prenzlauner Allee 31: Kongress: „Das kommunistische Manifest“ Ref.: Gen. Nowawes.

Morgen, Sonntag, 20. 12.:

Falkensee: Heimabend.

Neukölln IV: Heim Steinmetzstr. 135: Lustiger Abend.

Siemensstadt: Wir beteiligen uns an der Schnittzeitung der Freien Schwimmer. Treffpunkt 9 Uhr bei Morsant.

Friedrichshain, Littenauerstr. 18: Weißensee, Parkstraße 15.

Bezirkskonferenz Brandenburg: Am 20. 12. 10 Uhr, 10 Uhr, der Bezirk Brandenburg-Grenzmark seine erste Bezirkskonferenz ab, die im Jugendheim, Berlin N 55, Prenzlauner Allee 31, stattfindet. Die Tagesordnung sieht u. a. einen Bericht über die Lage im Bezirk vor, sowie ein Referat des Gen. Max Schwarz von der Reichsleitung: „Die politische Situation und die Aufgaben der Jugendorganisation.“ Besonders wichtig sind die Wahlen zum Bezirksverband sowie die des Bezirkes zur Reichsauswahlversammlung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schöber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag, Sozialistisches Verlagswerk, m.b.H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2304.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,40 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,40 monatlich zuzüglich RM 1,50 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sozialistisches Verlagswerk, m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Billige Wurst-Tage!

- 1a Blut- und Leberwurst Pfund von Mark 0,98 an
- 1a Fleisch- und Bierwurst „ 0,89 „
- 1a Mettwurst „ 0,85 „
- 1a Zungenwurst „ 0,75 „
- Westfälische Plorkwurst „ 1,05 „
- „ Nusschinken „ 1,30 „
- Gen. Schinken „ 0,99 „
- 1a Au schnitt mit Schinken Pfund von „ 0,80 an
- Westf. Speck durchwachsen Pfund „ 0,98

Fritz Kollmann, Lebensmittel
Bochum-Linden, Hattingerstr. 785

Schenkenk Feiler Kleider

ZITTAU WEBERSTR.-1

Stets überragend gut - stets überragend billig!

Volksbühne
Tatort a. d. Elbe
D. 1. Norden 2945
8 Uhr.
Die Großherzogin
von Grolstein

Werbt für die „SAZ“

Sachsen
Konditorei Buschbeck
Zwickau, Innere Leipziger Straße 12—16
Tel. 4954
in erstklassiger Ausführung
Weihnachtsstollen
in drei Qualitäten
bei äußerst kalkulierten Preisen
Große Auswahl in Marzipan
Früchte, Gemüse, Wurst usw. in
besten Qualität. Eig. Herstellung

Täglich frisch:
kneinisch, Speculatius
Rhein, Printen, Seibstgebäck,
Leb- und Pfefferkuchen
sowie frisch eingetr. Nürnberger
Brezeln und Halbeschen Kuchen
Spez.: Makronen-Lebkuchen
Geschenkpäckchen nur erster
Firmen

Max Wächler
Bitte besuchen Sie meine Ausstellung

Kauft bei unseren Inserenten

Weihnachten:
die erste, die besten, die schönsten, die prächtigsten

Bruno Felde
Ebersbach, Spitzberg

Photo-Apparate
nur im Spezialgeschäft
PHOTO HACKER
ZITTAU, Linden-Ecke Bautzner Str.

Schreibmaschinen
u. s. m. Zubehör
Reparaturwerkstatt
Vervielfältigungsbüro

Erwin Spielberger, Zittau, Bahnhofstr. 20

Die allerfeinste Butter, den besten Käse, Speisequark
kauft man direkt oder in den Verkaufsstellen der Molkerei Herrnhut i. Sa.

Fahrräder, Nähmaschinen
Radio-Apparate bester Marken
in reicher Auswahl

Albin Wenzel, Jawalde

Otto Rude
das führende
Modenhaus Löbau i. Sa.

Gaertners Fischhaus
Löbau, Äußere Bautzner Straße 1
empfiehlt zum rest
prima Räucher-Anis
Oelsardinen, Essig-Fischmarinaden
Präparat-Körner geschmackv. u. bill. g.
12cl. pro weiße Gerichte in der Fischküche

Schenkt
Schirme zum Weihnachtsfest
E. Günthers Nachfg.
Löbau, Inn. Zittauer Str. 2

Konsumverein „Vorwärts“, Löbau
Für Weihnachten und Sylvester
empfehlen wir
vorzüglichen Rot- und Weißwein
die Flasche nur 90 Pfg.

Ferner
Jamaika-Rumverschnitt, Arrac, Liköre, Fruchtweine
Präsentpackung Zigarren und Zigaretten
Oelsardinen, Räucheraale, Marinaden, Nusschinken
Teewurst, hausschlacht. Wurst, GEG Dosen-Würstchen
Christstollen, Baumbehang, Baumkerzen

Unsere Mitglieder ersuchen wir, den Bedarf an Rind-, Schweine- und Kalbfleisch rechtzeitig anzumelden!!
Fleischbezugscheine werden von uns ebenfalls beliefert

SAP Der tägliche Vorwärt

In Norddeutschland vorwärts!

In einer Mitgliederversammlung in Bremen sprach Genosse Kurt Rosenfeld, mit dem Ergebnis mehrerer Neuaufnahmen, darunter einige Lebertritte von der KPD.

Auch in Oldenburg fand eine stark besuchte Mitgliederversammlung mit dem Genossen Kurt Rosenfeld als Referenten statt. Ein guter Erfolg für die SAP. Zahlreiche Neuaufnahmen.

Einbruch in Nazi-Braunschweig

In Braunschweig brachte die Hausagitation an einem einzigen Tage 20 Neuaufnahmen. Auch in Wolfenbüttel hat die SAP Fuß gefaßt.

Volksbegehren in Oldenburg

Die SAPD beteiligt sich

Die letzte Mitgliederversammlung der SAP Oldenburg sprach sich einstimmig für die Beteiligung der Partei am kommunistischen Volksbegehren zwecks Auflösung des oldenburgischen Landtags aus.

Wie in den meisten deutschen Ländern regiert auch im Freistaat Oldenburg als treue Stütze der Brüning'schen Notverordnungs-politik das Beamtenkabinett Cassoborn. Alle die Arbeiterschaft, das Kleinbauern- und Handwerkerum belastenden Maßnahmen der Reichsregierung werden rücksichtslos durchgeführt, angeblich, um die deutsche Wirtschaft zu retten.

Die Sozialdemokratie, als zweitstärkste Fraktion im Landtag, die an Hand ihrer Stärke in der Lage sein müßte, gegen das Kabinett die Arbeiterinteressen erfolgreich vertreten zu können, denkt nicht daran. Ihre politische Arbeit wirkt sich in Konsequenz ihrer Haltung zur Regierung Brüning, überhaupt ihrer Rolle, die sie in der Krise des Kapitalismus spielt, gegen die Interessen der breiten Massen aus. Aus dieser falschen Grundeinstellung der SPD zum jetzigen Staat und zur wirtschaftlichen Lage heraus übernahm sie einen großen Teil der Verantwortung für die Ausbeuterpolitik der bürgerlichen Regierung in Oldenburg, während die wirklichen Mächte im Hintergrund standen und das Spiel dirigierten.

Wenn sich die junge Bewegung der SAP gegen die Tolerierung des Faschismus, der im Freistaat Oldenburg nicht erst seine Krönung zu erfahren braucht, auflehnt, so in Erkenntnis der Notwendigkeiten, dem Faschismus im offenen Kampf entgegenzutreten. Und so rufen wir die Arbeiterschaft auf, die noch im Banne des Reformismus steht, sich einzureihen in den Kampf gegen den Faschismus.

Die Fraktionen zur Notverordnung Staatspartei einverstanden — Deutsche nationale fordern noch mehr für die Agrarier

Berlin, 17. Dezember

Die staatsparteiliche Reichstagsfraktion nahm am Donnerstag zur letzten Notverordnung Stellung. Ungeachtet aller Bedenken im Grundsätzlichen wie im Einzelnen erkenne die Fraktion, so heißt es, an, daß die Notverordnung einen umfassenden, ernstesten und starken Versuch zur Milderung der schweren Not darstelle. Besonders zu begrüßen sei, daß hier zum erstenmal unternommen werde, den weiten Kreisen der Verbraucher die ihnen wieder zugemuteten schweren Opfer durch eine durchgreifende Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten tragbar zu machen. Leider befindet sich in der Kette der hierzu dienenden Maßnahmen eine Lücke, weil die Notverordnung an den überhöhten Zöllen, namentlich den Agrarzöllen, vorübergegangen sei. Die Ausfüllung dieser Lücke sei zu fordern. Die Fraktion erwarte noch die Milderung verschiedener Härten.

In ihrer Donnerstag-Sitzung erklärte die deutsch-nationale Reichstagsfraktion, die Notverordnung sei ein bisher nicht dagewesener, unerhörter Eingriff in die Rechts- und Vertragsverhältnisse sowie in die persönliche Freiheit des einzelnen Staatsbürgers. Sie stelle eine offensichtliche Förderung staatssozialistischer und planwirtschaftlicher Ideen dar und bedeute gleichzeitig eine unerhörte Ueberspannung der Staatsbürokratie. Das Hilfswerk für die Landwirtschaft sei Stückwerk und zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Haltung der mittelparteilichen Abgeordneten im Aeltestenrat sei nur mit ihrer Angst vor jeder Entscheidung zu erklären.

Banditenkönig Jack Diamond erschossen

New York, 18. Dezember.

Der bekannte Chicagoer Unterweltkönig Jack Diamond ist am Freitag morgen in seinem Hotelzimmer in Albany erschossen aufgefunden worden. Er ist anscheinend von Mitgliedern seiner eigenen Bande niedergeknallt worden. Der Tod muß augenblicklich eingetreten sein.

Der Schutzbündnisprozess in Bremen

Das Gericht begünstigt die Republikfeinde

Bremen, 18. Dezember.
(Eigene Drathmeldung)

Im Bremer Landfriedensbruchprozess kam es zu einer sehr bezeichnenden Szene, als die Koppel vorgelegt wurden, mit denen die Reichsbannerleute geschlagen haben sollen. Bei dieser Gelegenheit konnte sich der Nazi-Anwalt Dr. Freysler nicht enthalten, in bezug auf das am Koppelschloß angebrachte Wappen der Republik verächtlich in den Saal zu rufen:

„Diener Vogel!“

Einer der Angeklagten sprang empört auf und rief zum Gerichtstisch: „Das ist eine Beschimpfung des Wappens der Republik!“ Vorsitzender: „Seien Sie ruhig!“ Dr. Rosenfeld: „Es ist recht sonderbar, daß der Vorsitzende eines republikanischen Gerichts einen Angeklagten zur Ruhe weist, der das Wappen der Republik in Schutz nimmt.“ Vorsitzender: „So habe ich die Worte des Rechtsanwalts Freysler nicht aufgefaßt.“ Dr. Rosenfeld: „So ist es aber gesagt und auch gemeint worden.“ Dr. Freysler: „Falls meine Äußerung so aufgefaßt werden sollte, nehme ich sie zurück.“ Dr. Rosenfeld: „Durch diesen sehr charakteristischen Rückzug halte auch ich den Zwischenfall für erledigt.“

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden mehrere Schutzbündnisgenossen vernommen, die übereinstimmend bekundeten, daß die Nazis sich provozierend in den Straßen benommen hätten, daß die Mitglieder des Schutzbundes aber gar nicht daran gedacht hätten, das Versammlungslokal zu verlassen, wenn nicht der Ruf gekommen wäre: „Die Nazis kommen!“ und nunmehr die Befürchtung entstanden wäre, daß die Nazis einen Angriff auf den Schutzbund beabsichtigten.

Obgleich keiner dieser Zeugen des Schutzbundes sich an der Schlägerei irgendwie beteiligt hatte, beschloß das Gericht, die meisten von ihnen nicht zu verurteilen.

Bei dem Zeugen Meyer kam es dabei zu einem sehr bemerkenswerten Zwischenfall. Genosse Rosenfeld wollte gerade seine Beerdigung beantragen, als er bemerkte, wie der Vorsitzende leise mit der neben ihm sitzenden Schöffin flüsterte. Der Verteidiger erhob sofort Widerspruch dagegen, daß das Gericht über die Frage der Beerdigung von Zeugen schon berät, bevor noch ihre Vernehmung beendet sei und bevor die Prozessbeteiligten sich zur Frage der Verurteilung geäußert hätten. Vorsitzender (unterbrechend): „Herr Dr. Rosenfeld, Sie wissen doch gar nicht, was ich gesagt habe.“ Dr. Rosenfeld: „Ich konstatiere, daß eine Besprechung über die Frage der Verurteilung

zwischen Mitgliedern des Gerichts nicht stattgefunden hat.“ Vorsitzender:

„Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, daß eine Beratung nicht stattgefunden hat.“

Dr. Rosenfeld: „Ob Besprechung oder Beratung ist gleichgültig. Es steht danach fest, daß

Mitglieder des Gerichts sich bereits über die Frage der Verurteilung unterhalten haben, bevor die Prozessbeteiligten darüber gehört wurden.“

Ich beanstande diese Haltung des Vorsitzenden und bitte um Gerichtsbeschuß.“ Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet alsdann:

„Das Gericht billigt das Verhalten des Vorsitzenden.“

(Unruhe im Publikum.)

Sogar ein Antrag des weit objektiveren Oberstaatsanwalts auf Verurteilung eines der Schutzbündniszeugen wurde vom Gericht abgelehnt.

Zum Schluß des vierten Verhandlungstages versuchte die Nazi-Verteidigung, durch vollkommen nebensächliche, verwirrende Fragen an den Zeugen Fritz Meyer, Mitglied des Schutzbundes, künstliche Widersprüche in den Aussagen des Zeugen zu konstruieren. Aus der Tatsache, daß der Zeuge im Kreuzverhör der Nazi-Verteidigung einmal rechts und links verwechselt zu haben scheint, beabsichtigt nun die Nazi-Verteidigung ein Meinidsverfahren gegen ihn einleiten zu lassen.

Am fünften Verhandlungstag machte das Gericht den Vorschlag, auf einen großen Teil der geladenen Zeugen zu verzichten. Sicher ist die Nazi-Verteidigung bemüht, den Prozeß so schnell wie möglich zu Ende zu bringen, da sie glaubt, in diesem Augenblick günstig abzuschneiden zu können. Bei der weiteren Zeugenvernehmung wurden von der Nationalsozialistischen Partei mehrere Zeugen, die in der Umgebung des Tatortes wohnten, genannt. Die Zeugen widersprachen sich insbesondere in der Angabe der Zahl der Beteiligten dauernd, und die Nazi-Verteidigung sowohl wie der Vorsitzende des Gerichts gaben sich alle erdenkliche Mühe, diese widersprechenden Aussagen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Von außerordentlichem Interesse war die Vernehmung eines Mitgliedes der Nazi-Partei, namens Straßburg. Straßburg hat im Gegensatz zu allen übrigen Zeugen bereits über 20 Nazis am Tatort gesehen, bevor Decker erschossen wurde. Nach Ansicht dieses Zeugen haben die Nazis die flüchtigen Reichsbannerleute nur darum verfolgt, weil sich in ihrem Rücken einige Zivilisten aufhielten. Im wei-

teren Verlauf tischte der Zeuge solche Märchen auf, daß der Oberstaatsanwalt eingreift, durch das unqualifizierte Dazwischenspringen des Nazi-Verteidigers jedoch wird der Zeuge vielfach von der Gefahr eines Meinidsverfahrens befreit. Es wurde des weiteren noch der Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Vorwärts, Bremen, Emil Theil, vernommen. Der Zeuge machte darauf aufmerksam, daß bereits vor dem 9. November die Konsumgenossenschaft von der Bremer Kriminalpolizei Mitteilung bekommen habe, daß Angriffe vielleicht krimineller Art auf die Einrichtung der Genossenschaft in Aussicht ständen. Theil weist des weiteren auf die seit Jahren um sich greifende Bedrohung der leitenden Personen der Arbeiterbewegung durch die Nazis hin. Er erinnert weiter an die Vernichtung von Häusern und Einrichtungen der Arbeiterschaft in Italien durch die Faschisten. Nach den voraufgegangenen Hetzereien der Nazipresse hier im Orte und auch durch andere Anzeichen entstand in der Arbeiterschaft die Annahme, daß am 9. November ein nationalsozialistischer Angriff auf das Eigentum der Arbeiterschaft erfolgen werde.

Der nächste Zeuge Starker, Mitglied des Reichsbanners, wird vom Vorsitzenden vor seiner Vernehmung gefragt, ob er Mitglied der SAP sei.

Nach seiner Verneinung schreitet der Vorsitzende bedenkenlos zur Verurteilung des Zeugen. Nach der voraufgegangenen Praxis des Gerichts wurde hierdurch klar bewiesen, daß die

Mitgliedschaft zur SAP allein in diesem Prozeß ausschlaggebend für die Verurteilung oder Nichtverurteilung eines Zeugen ist.

Starker schildert, wie er einem besonders brutalen Ueberfall von etwa 30 SA-Leuten ausgesetzt war. Weit vom Orte des Geschehens sind diese Horden, mit Totschlägern bewaffnet, über einen einzelnen unbewaffneten Reichsbannermann hergefallen und haben ihn fast besinnungslos geschlagen, auf seiner Flucht verfolgt, bis er sich in ein Haus retten konnte. In der westlichen Vorstadt haben dann die SS- und SA-Horden Wirtschaften kontrolliert und nach Reichsbannerleuten abgesucht. In der Gegend des Verwaltungsgebäudes der Konsumgenossenschaft Vorwärts haben sie Pfeile mit der Richtung zum Verwaltungsgebäude und der Unterschrift „Morgen“ an den Wänden der Häuser angebracht.

Die Vernehmung wird fortgesetzt.

Ein Schritt vorwärts — zwei Schritte zurück

Reichskonferenz der KPO

Von Fritz Rück.

Die Reichskonferenz der Kommunistischen Opposition tritt in diesen Tagen zusammen. Sie wird den Abschluß einer Diskussion bringen, in der über das Verhältnis der KPD-O zu den andern Parteien und Richtungen der deutschen Arbeiterklasse Klarheit geschaffen werden sollte. Im Verlaufe dieser Diskussion haben sich zwei scharf voneinander abgegrenzte Richtungen innerhalb der Organisation herausgebildet und die Frage, ob der Gegensatz der Anschauungen zu einer Sprengung oder Spaltung der Gruppe führt, die seit dem Ausschluß aus der KPD unter großen persönlichen Opfern ihrer einzelnen Mitglieder und auch Führer zusammenhielt, steht unausgesprochen hinter der ganzen Konferenz. Wir wollen uns in diese taktische Auseinandersetzung, in der als Exponenten Thalheimer-Brandler auf der einen Seite, Walcker-Frölich auf der andern Seite stehen, nicht einmischen, sondern versuchen, durch eine Untersuchung der Rolle der KPDO in den letzten Jahren und in der gegenwärtigen zugespitzten Situation einige Grundfragen der organisatorischen Neuformierung des deutschen Proletariats zu klären.

Der Ausgangspunkt des organisatorischen Zusammenschlusses der Kommunistischen Opposition war ihr Zusammenschluß zu einer Fraktion innerhalb der KPD, die nach der Auslieferung der deutschen kommunistischen Bewegung an die ultralinke Führung Ruth Fischer-Moslow-Thälmann durch die Kommintern im Frühjahr 1924 erfolgte. Der Ausschluß aus der KPD erfolgte, nachdem in einem zunächst geheimgehaltenen Beschuß der Erweiterten Exekutive der Kommintern im Frühjahr 1928 die neuen Ansätze eine Rückkehr zur revolutionären Massenpolitik wieder zerschlugen, der Kampf gegen die „Rechten“ proklamiert und die RGO-Politik an die Stelle der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften gesetzt wurde. Direkter Vorwand des Ausschlusses war die Aufdeckung des Thälmann-Wittorf-Skandals, der eine tiefgehende Korrumpierung der leitenden Leute im ZK der KPD bewies.

Nach dem Ausschluß bildete sich die Gruppe der KPD, die aber die Gründung einer selbständigen Partei ablehnte. Die praktische Haltung der Gruppe äußerte sich in drei theoretischen und zugleich praktischen Grundfragen. Zunächst entwickelte Thalheimer die Theorie, daß der Faschismus in Deutschland in kürzester Frist an die Herrschaft kommen müsse, wodurch die Frage der Schaffung einer revolutionären Massenpartei an Gewicht verlor, denn, wenn man die Zerschlagung der bestehenden Parteien des deutschen Proleta-

riats durch den faschistischen Terror als unausbleibliche Perspektive vor sich sah, schrumpfte die Möglichkeit der eigenen Aktivität und Ausdehnungsfähigkeit auf ein Minimum zusammen. Zum zweiten erlangte entscheidende Bedeutung der Fortschritt in der Durchführung des Fünfjahresplans in der Sowjetunion, denn wenn ein Sieg der Reaktion in Deutschland mit der Festigung der sozialistischen Positionen in einem Lande — der Sowjetunion — zusammenfiel, blieb die russische Revolution die einzige große Kraftreserve des revolutionären Fortschritts und gegenüber dieser entscheidende Tatsache war die fortschreitende Bürokratisierung der Kommintern und ihre Unfähigkeit zur Ausbildung einer Taktik der breitesten Massenpolitik in den vom Faschismus bedrohten Ländern untergeordneter Natur. Was die Monuiski und Heinz Neumann in dieser Situation schrieben und taten, schrumpfte an Bedeutung zusammen und man nahm verstärkten Kurs auf die Rückkehr in die Kommintern, die allerdings ihrerseits gegenüber solchem Liebeswerben bisher nur die kalte Schulter zeigte. Auf den einen Schritt vorwärts folgte der erste Schritt zurück.

Zum Zentralproblem der Haltung der KP-O wurde jedoch eine Frage, die die deutschen Arbeiter und die Genossen, die heute in der SAP organisiert sind, besonders stark betrifft: die Einstellung zum linken Flügel der Sozialdemokratie. Hier hatte die KPD durch ihren Beschuß auf dem Essener Parteitag, daß die Linken in der SP-O der gefährlichste Feind innerhalb der Arbeiterklasse seien, den ultralinken Unsinn auf die Spitze getrieben. Die Folgen zeigten sich an ihr selbst: sie verlor in wachsendem Maße ihr Rekrutierungsgebiet unter den radikalisierten sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Massen und wurde das große Durchmarschlagere gefühlsmäßig radikalisierten indifferenten und — vom Nationalismus enttäuschten, schwankender Schichten des Proletariats. Damit wurden die Elemente jener sprunghaften, zeitweise abenteuerlichen und zeitweise opportunistischen Politik, die nach allen Seiten hin die klare Klassenlinie marxistischer Politik verwischte, in der KPD gewaltig verstärkt.

Die kommunistische Opposition machte diese taktischen Sprünge nicht mit, aber sie glitt immer mehr ins Fahrwasser der „Tolerierung“ der KPD und der Kommunisten. Die Kritik an den Fehlern der KPD wurde zurückgestellt und gedämpft. Als ein typisches Beispiel aus jüngster Zeit kann man die Tatsache feststellen, daß der „Arbeiterpolitik“ die Auseinandersetzung über Stalins Bannbulle gegen den Zentrismus gewissermaßen im Halse stecken blieb, nachdem schon der erste Ansatz zu einer Polemik über ein abgehacktes, hilfloses Stottern nicht hinausgekommen war. Noch deutlicher zeigt sich die Tolerierungspolitik gegenüber dem offiziellen Komminternkurs in der offenen Schwelkung der Einstel-

lung der RGO, die plötzlich als bestehende Organisation gewertet und anerkannt wird, mit der man Einheitsfrontmanöver durchführen kann.

In dem Maße, wie die Kritik an den Kommunisten verstummte, wurde der Angriff auf die linke Richtung der SPD, die sich nach dem Ausschluß der sechs sozialdemokratischen Abgeordneten als selbständige Partei konstituierte, lauter und massiver. Der Fortschritt, der bereits darin lag, daß der tauende Block des Reformismus in Deutschland verkleinert wurde und seine Bruchstellen zeigte, die sich täglich erweitern, wurde nicht anerkannt. In der Theorie hatte allerdings Thalheimer die Essener Lösung vom gefährlichsten Feind abgelehnt, aber praktisch akzeptierte er sie. Hatte die kommunistische Opposition durch ihr Verharren auf demselben Fleck es schon nicht mehr vermocht, die sozialdemokratische Linke in ihrem Kampfe gegen den Parteivorstand zu unterstützen, hatte sie nicht die Form und die Methode gefunden, um eine Richtung, die natürlich nicht mit einem fertigen revolutionären Programm und einer durchgearbeiteten Taktik auf der Bildfläche erscheinen konnte, in dem notwendigen Selbstverständigungsprozess kameradschaftlich zu unterstützen, so zog sie jetzt mit der ganzen Ueberheblichkeit von Leuten gegen sie ins Feld, die das Erstgeburtsrecht der revolutionären Gesinnung für sich beanspruchen. Zunächst wurde die SAP katalogisiert und firmiert, dann begann man das merkwürdige Doppelspiel der Verbindung von massiven Angriff und Einheitsfronttaktik, während gleichzeitig die Kritik an der KPD völlig verstummte. Diese taktische Einstellung verdichtete sich gleichzeitig zum Schlage gegen diejenigen Genossen in der Kommunistischen Opposition, die mit dieser Taktik nicht einverstanden waren, und die die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei, des deutschen Proletariats nicht von den Rezepten und Kommandos der Kommunisten erwarten, sondern von einer selbständigen Verarbeitend der Lehren der russischen Revolution in Verbindung mit der Entwicklung einer selbständigen revolutionären Massenbewegung in Deutschland. So machte die kommunistische Opposition den zweiten Schritt nach rückwärts. Wohin er sie führen wird, ja führen muß, darüber soll nach dem Verlauf und Ergebnis der Reichskonferenz gesprochen werden. Fritz Rück.

Nun wirds ja werden

Brüssel, 17. Dezember.

Der belgische Episkopat hat an die Gläubigen einen Hirtenbrief gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, für die Beendigung der Weltkrise zu beten.

Schiedsspruch für die Hochseefischerei

15 Prozent Lohnsenkung

TU. Hamburg, 17. Dezember.

Wie berichtet, fanden am Mittwoch in Hamburg die Lohnverhandlungen für die deutsche Hochseefischerei sowie für die Charterfahrt statt. Da eine gütliche Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kam, mußte der Schlichter angerufen werden, der für beide Gruppen einen rechtsverbindlichen Schiedsspruch fällte. Danach werden die Löhne in der Hochseefischerei um 15 v.H. und in der Charterfahrt um 1 v.H. herabgesetzt. Für die Charterfahrt ist außerdem die Pauschalvergütung um zwei Mark je Mann und Fahrt ermäßigt worden.

Schiedsspruch für Nordwest verbindlich

TU. Essen, 17. Dezember.

Am Donnerstag vormittag fanden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen statt, die einer Verbindlichkeitserklärung des am 14. Dezember in dem Lohnstreit der Nordwestlichen Eisenindustrie ergangenen Schiedsspruches vorgangenen mußten. Nach mehrstündigen Verhandlungen ist der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Vier Siebente! stellvertretender Preiskommissar

Schneidemühl, 17. Dezember.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, hat Oberbürgermeister Schroeder, Schneidemühl, gebeten, ihn bei der Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben zu unterstützen. Oberbürgermeister Schroeder hat sich im Einverständnis mit den städtischen Körperschaften und mit Zustimmung des Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen bereit erklärt, diesem Wunsche zu entsprechen, soweit und solange die Pflichten seines Hauptamtes ihm dies ermöglichen. Oberbürgermeister Schroeder hat sein Amt als stellvertretender Preisenkungskommissar in Berlin bereits angetreten. Er wird grundsätzlich drei Tage der Woche in Schneidemühl und vier Tage in Berlin arbeiten.

Das Urteil im Werkspionage-Prozeß

Ludwigshafen, 18. Dezember

Im Werkspionage-Prozeß wurde heute mittag folgendes Urteil verkündet: Dienstbach, Steffen u. d. Schmid je 10 Monate, Herbst 4 Monate Gefängnis, die Untersuchungshaft wird angerechnet. Oehlenschläger, Acker und Frau Oehlenschläger werden freigesprochen.

Arbeitslosenrekord in Dänemark

Kopenhagen, 18. Dezember.

„Dagens Nyheter“ zufolge sind laut amtlicher Feststellung gegenwärtig in Dänemark 108.000 Arbeitslose zu verzeichnen, wovon 33.254 auf Kopenhagen entfallen. Es ist dies die höchste Anzahl Arbeitsloser, die es jemals in Dänemark gegeben hat.

Die dritte Aufstockung der englischen Zollmauer.

London, 18. Dezember.

Das Handelsamt veröffentlicht aufgrund des Gesetzes gegen ungewöhnlich große Einfuhr die dritte Verordnung. Sie setzt mit Wirkung vom 19. Dezember eine 50prozentige Wertzollsteuer auf eine Reihe von Textilwaren fest, die zu einem großen Teil den deutschen Export treffen.

Riesige Kohlenfunde in Rußland

Moskau, 18. Dezember.

Nach einer amtlichen Meldung des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion hat eine Kommission der Wissenschaftlichen Akademie unter Führung von Professor Tschernow in der Nähe von Swerdlowsk ein Gebiet entdeckt, das an Kohle so reich sein soll wie das Donezbecken.

Erhöhung der Aerztegehälter in der Sowjetunion

Moskau, 18. Dezember.

Auf Beschluß des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion werden die Gehälter der Aerzte und des ärztlichen Hilfspersonals vom 1. Januar 1932 ab um durchschnittlich 23 Prozent erhöht. Zu diesem Zwecke sind weitere 148 Millionen Rubel bereitgestellt worden.

Wegen Sabotage erschossen

Moskau, 18. Dezember.

Am Donnerstag morgen wurde durch die Wache der GPU das Todesurteil gegen den Ingenieur der Moskauer Elektrizitätswerke Juschin vollstreckt. Juschin war wegen Sabotage und Schädigung der russischen staatlichen Interessen verurteilt worden.

Ein Land wird verkauft. Der neufundländische Minister Sir William Coaker hat erklärt, daß die Regierung von Neufundland der kanadischen Regierung amtlich mitgeteilt habe, sie sei bereit, das Nebenland Labrador für 100 Millionen Dollars an Kanada zu verkaufen.

Wels hat Schule gemacht

Der Konflikt in der holländischen Sozialdemokratie

Verfolgung der „organisierten Opposition“

Von informierter holländischer Seite wird uns geschrieben:

Wie bereits in der „SAZ“ gemeldet, ist in Holland ein scharfer Konflikt zwischen der Parteileitung und dem linken Flügel ausgebrochen, in dessen Verlauf der Führer der Linken, P. J. Schmidt, vom Parteivorstand zurückgetreten ist.

Schon seit Monaten versucht der linke Flügel mit allen Kräften, die Partei zu größerer Initiative und Aktivität in der Krisenbekämpfung zu treiben und verlangt vor allem Verlegung des Schwerpunktes der Aktion von dem parlamentarischen Verhandlungstisch in die Massenversammlungen der Arbeiterschaft, auf die Straße. Die Partei sabotiert jedoch jede wirkliche außerparlamentarische Aktion. Nachdem ihre Forderungen im Parlament abgelehnt wurden, hat sie sich

auf den Weg der „nationalen Tat“ begeben

und ihre Vertreter in das nationale sowie in die örtlichen Krisen-Komitees (unter Ehrenvorsitz der Prinzessin Juliana) geschickt, deren Zweck ist: Wohltätigkeit für die Arbeitslosen. Gegen diese Suppentopf-Politik hat sich nicht nur der linke Flügel mit aller Schärfe gewandt, sondern dagegen ist überall Auflehnung in der ganzen Partei. So hat z. B. der Kongreß der Provinz Gelderland (6000 Mitglieder) mit 98 gegen 17 Stimmen seine Mißbilligung darüber ausgesprochen. Die Parteileitung verteidigt jedoch in der Parteipresse weiter hartnäckig die Krisen-Komitees.

Noch belangreicher ist der Konflikt in der

Textilindustrie in Twente. Dort hat die Leitung der Gewerkschaften — unter Zustimmung der Partei — eine Woche lang mit allen Mitteln versucht, die gegen Lohnkürzung streikenden Arbeiter (ein spontaner Massenstreik von 7000 Arbeitern, auch der katholischen, so daß alles still liegt) in die Fabriken zurückzuschicken. Es ist ihr nicht gelungen:

die Arbeiter blieben wie eine Mauer stehen und zwangen die Leitung zum Schluß, den Streik zu übernehmen!

Größte Empörung darüber in der Partei, und die Parteileitung verbietet, während des Konfliktes über diese Haltung von Gewerkschaft und Partei zu schreiben. Ein Artikel für den Social-Demokraat (Parteidiskussionsblatt) wurde nicht angenommen.

Dazu kommt, daß eine Radiorede des linken Führers Schmidt (über den Faschismus in Deutschland) namens der Parteileitung zensuriert und einige Stellen gestrichen wurden.

Gegen alle diese Vorkommnisse wächst die Unzufriedenheit und Mißstimmung in der Partei und kommt in zahlreichen, der Partei nicht sehr angenehmen Anträgen zur Aeußerung. Nach deutschem Beispiel versucht nun die Parteileitung, die Aufmerksamkeit von den politischen Konflikten abzulenken, indem sie ruft:

„Organisierte Opposition“!

weil in den Parteiabteilungen von Rotterdam und Amsterdam von linken Genossen gleichlautende Anträge gegen diese Ereignisse eingebracht wurden. Man droht sogar, die Antragsteller auszuschließen.

Die letzte Parteivorstandssitzung zeigte mit aller Klarheit, daß

der deutsche Parteivorstand in Holland Schule gemacht

hat. Die angedeuteten Konflikte standen zur Sprache, und es wurde ganz nach deutschem Muster bestimmt: die durch die Leitung des Arbeiterradios ausgeübte Zensur der Rede Schmidts war nicht nur berechtigt, sondern Pflicht; über die Haltung der Gewerkschaften und Partei in dem Textilarbeiterstreik ist während des Konfliktes zu schweigen, im „Socialdemokraat“ (Parteidiskussionsblatt) darf darüber nicht geschrieben werden; das Einreichen von gleichlautenden Anträgen ist ein Beweis von „organisierter Opposition“, die mit allen notwendigen Maßnahmen bekämpft werden muß.

Somit ist also auch in der holländischen Partei der Galgen der „organisierten Opposition“ errichtet. Schmidt ist aus dem Parteivorstand ausgetreten. Da sich Schmidt und de Kadt, die zwei linken Mitredakteure des Parteidiskussionsblattes (das vor einigen Monaten unter der Bedingung gewisser demokratischer Sicherungen an die Stelle des eigenen Wochenblattes der Linken trat), bestimmt nicht vom Parteivorstand den Maulkorb vorhängen lassen werden, ist mit ihrem Austritt aus der Redaktion zu rechnen. Die dadurch notwendige Wiederaufrichtung eines eigenen Wochenblattes könnte dann — gleich wie in Deutschland — auch für den holländischen Parteivorstand der geeignete organisatorische Vorwand sein, um den auf Grund politischer Konflikte gefährlichen linken Flügel aus der Partei herauszuschmeißen.

Entschuldigungszettel für Tolozierung

SPD flüchtet hinter Brüning

Dem Genossen Wels ist Heil widerfahren. Er hat's schriftlich, daß für die deutschen Proleten alles zum besten geordnet ist. Löhne werden erst gesenkt, wenn zuvor die Preise gesenkt sind. Wer wagt da zu lachen? Der Reichskanzler Brüning hat's doch in einem Brief an den Genossen Wels versichert, und dieser Brief ist der Festbraten in der Mittwochversammlung der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften gewesen.

Um Himmels willen, keine Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen, schreibt Herr Brüning an den Vorsitzenden der SPD. Nein, so was tun wir nicht. Es stehe ja doch auch in der Einleitung zur Notverordnung, „daß die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Maßnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe“. Und: die Reichsregierung wird „es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann“.

„Mit voller Absicht“, so schließt der Brief des Herrn Brüning, habe ich in dieser bedeutsamsten Frage des Gesamtprogramms die

Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt.

So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen

werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Texte der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ich übrigens schon wiederholt letzthin auch gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei getroffen habe“.

Ach wie ist der gute „Vorwärts“ tief beglückt! In kapitalen Lettern ruft ers in die Welt: „Ohne Preissenkung kein Lohnabbau!“ An einem Kanzlerwort darf ja nicht gerüttelt und gedeutet werden. So was tun nur Umstürzler und in solcher Gesellschaft bewegt sich der „Vorwärts“ nicht.

Was aber haben in der gemeinsamen Kundgebung die Arbeiter gesagt? Wie haben sie über den Brief geurteilt? Haben sie ihre Lohntüte vorgezeigt und den Inhalt mit den „gesenkten“ Preisen verglichen? Im „Vorwärts“ steht nichts davon. Aber vielleicht waren nur Prominente da, und keine „gewöhnlichen“ Arbeiter? Denn daß die sich angesichts der täglich wachsenden Not mit einem Blatt Papier abspesen lassen — wer sollte das glauben? Keine Lohnsenkung ohne vorhergegangene Preissenkung! Welch ein Hohn! Mit Brünings Entschuldigungszettel in der Hand begründen die Führer der stärksten Arbeiterpartei die Tolozierung der schlimmsten Auspowerung, die seit der Inflation da war... und schämen sich nicht. Schulbubenpolitik!

Hoover-Moratorium angenommen

Washington, 17. Dezember.

Der Ausschuß des Repräsentantenhauses nahm das Hoover-Moratorium mit 21 gegen 4 Stimmen an.

Nach Annahme des Moratoriums nahm der Ausschuß des Repräsentantenhauses folgende Entscheidung an: Hiermit wird ausdrücklich erklärt,

daß es der Politik des Kongresses zuwiderläuft, daß irgendwelche Schuldverpflichtungen auswärtiger Länder an die Vereinigten Staaten irgendwie gestrichen oder herabgesetzt werden.

In dieser Entschlußung darf nichts als Anzeichen einer gegenteiligen Politik gedeutet oder als Ausdruck dafür aufgefaßt werden, daß man zu irgendeiner Zeit einen Wechsel dieser Politik in wohlwollende Erwägung ziehen würde.

*

Nach dieser Abstimmung ist noch weniger als vorher an der endgültigen parlamentarischen Bestätigung des Hoover-Moratoriums zu zweifeln. Alles Getöse darum war, wie wir schon bemerkten, ja nichts anderes als Wahlvorbereitung. Einer der Senatoren, der das Spiel zu ernst genommen und Hoover und das internationale Kapital ganz heftig attackiert hat, ist zur Strafe aus der republikanischen Partei ausgeschlossen worden und hat damit das Ende seiner politischen Karriere wohl er-

reicht. Ein ganz amüsantes Zwischenspiel, als Charakteristikum immerhin erwähnenswert.

Bedeutsamer als der Ausgang dieses Scheinkrieges ist die nochmalige grundsätzliche Bestätigung, daß US-Amerika die Schuldentstreichung grundsätzlich ablehnt. Auch diese scharfe Formulierung ist zweifellos im Hinblick auf die kommenden Wahlen erfolgt, denn niemand will damit belastet sein, den amerikanischen Bürgern neue Steuern aufgewälzt zu haben. Aber genau das gleiche gilt natürlich für alle die Staaten, in deren Budget die Reparationsempfänge in enger Verbindung mit den Schuldentzählungen an Amerika stehen. Sie werden nicht zugeben, daß ein Loch auf der Einnahmenseite aufgerissen wird, ohne daß die entsprechende Streichung auf der Ausgabenseite vorgenommen wird. So muß der Antireparationsstoß der deutschen Bourgeoisie, der unter Assistenz aller Parteien von den Nazis bis zu den Kommunisten so hoffnungsvoll begonnen wurde, ins Leere stoßen. Es muß am Ende doch gezahlt werden. Die Frage für das deutsche Proletariat lautet daher nicht, ob es sich hinter „seiner“ Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie des Auslands stellen soll, wie das durch den Einheitsfronttrümmel leider geschehen ist, die Frage heißt vielmehr: Wie verhindern wir, daß die Lasten auf das Proletariat abgewälzt werden. Und die Antwort: Nur durch Kampf gegen die Kapitalisten und gegen die einheimischen zuerst!

Die „tragische Vergangenheit“ der SPD

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Koalitions- und Tolozierungspolitik die SPD in eine Situation hineinmanövriert hat, aus der sie nicht wieder herausfindet. Unsere Auffassung erhält Unterstützung von einer Seite, von der wir es am wenigsten erwartet haben: In der „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt Karl Böchel einen Artikel „Ausweichen oder Kämpfen?“, der also beginnt:

„Wenn man die Entscheidung der Reichstagsfraktion zur Vierten Notverordnung kritisch betrachten will, dann muß man objektiv zunächst feststellen, daß die Fraktion nicht frei ist in ihren Handlungen. Sie ist gebunden an eine tragische Vergangenheit, und alles kommt darauf an, den günstigsten Punkt zum Absprung von dieser Politik der Irrungen und Wirrungen ausfindig zu machen.“

Aus der tragischen Vergangenheit zieht Böchel den Schluß, daß man sich „wohl oder übel der jetzigen Taktik als einer Zwangslage beugen“ muß. Wo aber der Punkt zum Absprung ist, das sagt er nicht. Er unterstreicht damit also unsere Auffassung, daß er und mit ihm die sogenannte „Linke“ in der SPD den Punkt verpaßt hat. Ja, sogar das gesteht er ein. Er sagt nämlich im Anschluß an seine Ausführungen über die Irrungen und Wirrungen der sozialdemokratischen Politik:

„Dasselbe gilt in gewissem Sinne auch für die Opposition.“

Wir stimmen ihm darin durchaus zu: auch die Opposition, die in der Partei verblieben ist, hat einen Weg der Irrungen und Wirrungen zurückgelegt, der sie nun hoffnungslos mit auf die abschüssige Bahn zieht.

Das ergibt sich aus seinen weiteren Ausführungen zur politischen Lage. Welchen Weg gibt er an?

„Es bleibt keine andere Wahl, als die Kräfte zu schonen und zusammenzuhalten, die uns zur Verfügung stehen.“

Er hat also noch immer nicht begriffen, daß die Arbeiterschaft nicht geschont sein will, daß sie kämpfen will in einem Augenblick, in dem der Klassengegner sich zum Angriff formiert.

Der letzte Ausweg dieses Oppositionenien ist noch immer der Reichstag, dieser Reichstag:

„Wo ist die Arena dieses Kampfes? Sie liegt immer noch in dem vom Volk gewählten Parlament, im Reichstag... Man mußte also Brüning zwingen, ob mit oder gegen seinen Willen, die schlimmsten Schäden seiner Notverordnung auszumerzen... so mußte unter einer zielbewußten Führung auch noch in diesem Reichstag die Möglichkeit bestehen, der Staatsgewalt die Waffen zu geben, um den widerstrebenden Staatsapparat zur Reize zu zwingen.“

Böchel will seinen Lesern weismachen, daß man den Teufel mit Beelzebub austreiben kann. Diesen unter Brünings und der Sozialdemokratie Tolozierung immer weiter faschistisch durchsuchten Staatsapparat soll dieselbe Regierung „zur Reize zwingen“, die diese Entwicklung tolerierte, wenn nicht förderte?

Was Böchel am Anfang seines Artikels zugeht, das beweist er am Schluß: die Sozialdemokratie ist durch ihre „tragische Vergangenheit“ so belastet, ihre „Opposition“ hat den Augenblick des Absprungs auf die Seite einer sozialistischen Politik so gründlich verpaßt, daß nur noch der Absprung blieb, den Böchel bereits vollzogen hat, der Absprung in die weitere, die ewige Tolozierung, der Absprung in die Arme des Parteivorstandes.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags wurden kommunistische Anträge abgelehnt, die sich u. a. gegen Presse- und Versammlungsverbote richten, sowie eine Amnestierung aller Verbrechen und Vergehen gegen den Abtreibungsparagrafen forderten.